# :antifaschistische nachrichten

Nr. 19

g 3336 23.9.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de


## Partei „Die Freiheit“ gegründet

BERLIN. Nur wenige Tage nach seinem Ausschluss aus der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat René Stadtkewitz in Berlin die Partei „Die Freiheit“ gegründet. Weitere Gründungsmitglieder sind Aaron Koenig, zuletzt Mitglied des Bundesvorstandes der „Piratenpartei“, und der CDU-Politiker Marc Doll. Letzterer hatte noch im April auf einer Solidaritätskundgebung für Geert Wilders gesprochen, die von der „Bürgerbewegung Pax Europa“ und der Internetseite „pi-news“ in Berlin durchgeführt worden war. Die größten Gefahren für die Freiheit sieht die neue Partei in der Bürokratie, der EU und durch „die Ausbreitung totalitärer Ideologie, insbesondere des politischen Islam“. Außerdem will man eine direkte Bürgerdemokratie nach Schweizer Vorbild einführen.

Bereits im Herbst 2011 will die neue Partei, die mit der NPD und „Pro Deutschland“ keine Gemeinsamkeiten sieht, bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus antreten. *hma* ■

## Kooperation im Ausbau

KÖLN/STUTTGART. Bei einem zweiten Treffen der Parteiführungen von „Republikanern“ und der extrem rechten „Bürgerbewegung pro NRW“ wurde Ende August in Köln eine „Intensivierung der Zusammenarbeit und die Fortführung gemeinsamer Aktionen“ vereinbart. Im Frühjahr 2011 wollen die beiden Rechtsparteien „im Großraum Stuttgart“ eine gemeinsame Konferenz durchführen. Ein Ziel dieser Konferenz, die unter Beteiligung „befreundeter europäischer Rechtsparteien“ stattfinden soll, sei „die Ermöglichung einer gemeinsamen Wahlplattform bei der nächsten Europawahl im Jahr 2014“. Die Führung des NRW-Landesverbandes der sog. „Republikaner“ lehnt unterdessen eine Kontaktaufnahme zu „Pro NRW“ weiterhin ab. *hma* ■

**Aus dem Inhalt:**






Mit einem Dauerinfostand protestierten Bonner Friedensgruppen, Jugendgruppen und VVN-BdA gegen eine Werbeaktion der Bundeswehr – auf dem Friedensplatz, siehe S. 11

# Auch Sinti und Roma verlassen Vertriebenen-Stiftung

**Heidelberg. Nach dem Zentralrat der Juden in Deutschland stellt auch der Zentralrat deutscher Sinti und Roma seine Mitarbeit in der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" vorläufig ein. Grund seien die Äußerungen der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, zur Rolle Polens beim Ausbruch des 2. Weltkriegs, teilte der Roma-Zentralrat in Heidelberg mit.**

Steinbachs Bemerkungen kämen einer Leugnung der deutschen Kriegsschuld und einer Verhöhnung der Millionen Opfer gleich. Eine Zusammenarbeit sei nicht mehr möglich.

Die BdV-Präsidentin hatte in einer Unionsklausurtagung gesagt, sie könne es auch nicht ändern, dass Polen bereits im März 1939 mobil gemacht habe.

Es stehe außer Zweifel, so der Zentralrat der Sinti und Roma, dass der vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselte Vernichtungskrieg mit dem Völkermord an 500.000 Sinti und Roma und sechs Millionen Juden wesentliche Ursache für die weiteren Entwicklungen in Europa nach 1945 war. Mit den zynischen Bemerkungen Steinbachs würden die Thesen der neu in den Stiftungsrat berufenen BdV-Mitglieder Tölg und Sänger bestärkt, was einer Leugnung der deutschen Kriegsschuld und einer Verhöhnung des Leids von Millionen Opfern der deutschen Expansions- und Vernichtungspolitik gleichkomme. Zugleich werde der im Stiftungszweck vorgesehene Versöhnungscharakter besonders gegenüber den Völkern in Mitteleuropa in unverantwortlicher Weise konterkariert, erklärte Silvio Peritore, Vertreter des Dokumentationszentrums in Heidelberg.

Romani Rose vom Zentralrat der Sinti und Roma begrüßte die Distanzierung der Bundeskanzlerin und des Kulturstaatsministers von den geschichtsverzerrenden Thesen Steinbachs. Gleichwohl sei die Bundesregierung nun zum konsequenten Handeln aufgefordert, um die Arbeit der Stiftung auf einer seriösen Grundlage sicherzustellen. Unter den derzeitigen Voraussetzungen sei dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma eine weitere Zusammenarbeit mit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung nicht möglich.

Der Zentralrat der Juden hatte seine Mitarbeit schon vor einigen Tagen wegen zweier vom BdV in den Stiftungsrat entsandten Vertriebenenfunktionäre ausgesetzt. Ziel der Stiftung ist es, mit einem Dokumentationszentrum an das Unrecht der Vertreibungen in Europa zu erinnern.

*aus PM Zentralrat deutscher Sinti und Roma und Dokumentationszentrum Heidelberg* ■

## Infoheft Eifel

NETTERSHEIM. Die Arbeitsgruppe „Klär Dich Auf“ hat ein Infoheft zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Eifel“ herausgegeben. Mit der Regionalstudie wird versucht, extrem rechtes Potenzial über Einstellungsmessungen innerhalb der deutschen Bevölkerung zu evaluieren. Dazu wurden 200 Haushalte in der Gemeinde Nettersheim befragt. Interviewt wurden auch Menschen vor Ort, die sich unmittelbar mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen konfrontiert sehen. Zwei Beiträge zur extremen Rechten im Kreis Euskirchen und in der Vulkaneifel runden die Broschüre ab.

Die 86seitige Studie kann zum Preis von 4 Euro plus Porto unter kontakt@klaerdichauf.de bestellt werden. *hma* ■

## Solidemo für Sarrazin

BERLIN/ESSEN. Die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ unter Leitung von Manfred Rouhs, einem langjährigen Aktivisten der extrem rechten „Pro Köln“-Gruppierung, will am 3. Oktober in Berlin eine „Solidaritätsdemonstration“ für den SPD-Rechtsausleger Thilo Sarrazin durchführen. Neben Rouhs und Landesgeschäftsführer Lars Seidensticker soll auf der Demonstration, die um 15 Uhr auf dem Breitscheidplatz in Charlottenburg beginnt, auch Prof. Dr. Menno Aden aus Essen sprechen. Der ehemalige Präsident des Oberkirchenrates in Schwerin ist Vorsitzender der extrem rechten „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ und Mitglied des Vorstandes des „Verein Deutsche Sprache“. Gegen Aden läuft derzeit eine Anzeige der VVN-BdA Brandenburg wegen des Verdachts auf Volksverhetzung. Auf den von Aden betriebenen Internetseiten finden sich, so die VVN-BdA, Texte, in denen Aden „die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht und rechtfertigt“. *hma* ■

## Bußgeld für Zivilcourage

VIERSEN. Die Anmelderin einer Anti-Nazi-Demo in Viersen ist vom zuständigen Amtsgericht wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz mit einem Bußgeld in Höhe von 800 Euro belegt worden. Die Demonstration unter dem Motto „Keine Homezone für Nazis! Auch nicht in Viersen“ hatte anlässlich eines rassistischen Übergriffs stattgefunden und war die erste antifaschistische Demonstration in Viersen seit Jahren. AntifaschistInnen vor Ort kritisieren die Entscheidung des Gerichts und weisen den Versuch der Kriminalisierung antifaschistischer Proteste zurück. Zudem rufen sie zur Solidarisierung mit der Betroffenen auf. *peb* ■

## 9/11-Mahnwachen

In Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart und Koblenz haben am 11. September Anhänger der „Bürgerbewegung Pax Europa“ und der für ihre Hetze gegen den Islam bekannte Internetseite „pi-news“ Mahnwachen für „die Opfer des islamischen Terroranschlags in New York vor neun Jahren“ durchgeführt. In Bonn fand eine dubiose „Friedensdemo“ statt, die von Anhängern der abgedrehten „Truther“-Bewegung organisiert wurde. Mangels Teilnehmern – die vorab aufgeklärte örtliche Friedensbewegung hatte die Veranstaltung weitestgehend boykottiert – blieb es allerdings nur bei einer Kundgebung. Hier sprachen u.a. Oliver Janich, Bundesvorsitzender der „populistisch-extremliberalen Kleinpartei“ (EsoWatch) „Partei der Vernunft“. Ende 2008 gab Janich der rechtsliberalen Zeitschrift „eigentümlich frei“ des Grevenbroichers André Lichtschlag, der 2009 von der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit dem Gerhard-Löwenthal-Preis ausgezeichnet wurde, ein Interview. Mit einem Informationsstand vertreten war Elias Davidsson aus Alfter. Dieser hatte noch Ende 2009 bei einer Veranstaltung der extrem rechten Bielefelder „Burschenschaft Normannia-Nibelungen“ referiert, auf der auch der verurteilte Rechtsterrorist Odfried Hepp aufgetreten war. Die von Davidsson vorgetragenen Verschwörungstheorien rund um den 11. September 2001 führten allerdings selbst bei den hart gesottenen Verbindungsstudenten zu „Unmutsbekundungen“, wie die „Junge Freiheit“ damals berichtete. *hma* ■

## Erika Steinbach beleidigt Friedenspreisträger Wladyslaw Bartoszewski

KÖLN. Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. verurteilt auf das Schärfste die Beleidigung des Auschwitz-Überlebenden und polnischen Beauftragten für die polnisch-deutschen Beziehungen Wladyslaw Bartoszewski durch die deutsche Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach.

Frau Steinbach hat sich durch die Aussage, Bartoszewski habe einen schlechten Charakter, erneut persönlich disqualifiziert. Bartoszewski ist nicht nur Träger hoher und höchster internationaler Auszeichnungen wie des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, er hat sich auch wie kein Zweiter um die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen verdient gemacht. Diesem Menschen „ohne Wenn und Aber“ einen schlechten Charakter zu unterstellen, fällt auf denjenigen zurück, der eine solche Unterstellung ausspricht.

Wir erwarten, dass sich die Bundeskanzlerin, auch in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der CDU, von diesem unerträglichen Vorgang distanziert. Weiterhin erwarten wir, dass die Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag Frau Steinbach von ihrer Funktion als Sprecherin für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe entbindet – Frau Steinbach ist offensichtlich ungeeignet für eine solche Position und nichts weiter als ein ewiggestriger Störenfried der deutsch-polnischen Versöhnung.

*Dr. Jost Rebentisch*
*Bundesverband Iinformation & Beratung für NS-Verfolgte e.V.,*
*www.nsberatung.de* ■

## Grab von Hilde Domin beschmiert

HEIDELBERG. Die Grabstätte von Hilde Domin, im oberen Teil des Bergfriedhofs in Heidelberg, wurde geschändet. Ein bislang unbekannter Täter sprühte ein Hakenkreuz auf die Grabplatte. Das Nazi-Symbol wurde auch noch auf einen Grabstein im jüdischen Teil des Friedhofs gesprüht.

Wegen politisch motivierter Farbschmierereien auf dem Bergfriedhof und dem unmittelbar angrenzenden Jüdischen Friedhof hat das Staatsschutzdezernat der Heidelberger Kriminalpolizei Ermittlungen wegen Störung der Totenruhe, das Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen und Sachbeschädigung aufgenommen.

*Quelle: RNZ, 2.9.* ■

## Ausländerfeindliche Nazi-Demonstration unter Polizeischutz durchgeführt

ALZEY. Am letzten Samstag (11.9.) führte die „Initiative Südwest“ ihre angekündigte Demo gegen „Ausländerkriminalität, staatliche Repression und Polizeiwillkür“ durch. Weder aus faschistischer Sicht, noch aus der Perspektive der Gegendemonstration dürfte der Tag als allzu erfolgreich bewertet werden.

Aus Sicht der Nazis fällt es sicher schwer, die Demo vom letzten Samstag als den Erfolg zu verkaufen, der angesichts der Mobilisierung und großspuriger Ankündigungen vielleicht zu erwarten gewesen wäre. Es haben sich nur ca. 50 bis 60 TeilnehmerInnen auf den Weg nach Alzey gemacht (ausgelegt war die Anmeldung auf 400 Personen und selbst im Alzeyer Bündnis „Alzey gegen Rechts“ ist mensch noch von 80-120 ausgegangen). Auffällig war, dass die üblichen Alzeyer Kader wie Mirko Streuber und Matthias Kairies nicht anwesend wa-

ren. Auch die Aufrufenden zu der Demo, Heiko Frecht und Florian Grabowski, wurden nirgendwo gesehen. Gekommen waren hingegen Nazis aus dem südwestlichen Rheinhessen, aus dem Raum Ludwigshafen und Mainz-Bingen (u.a. Christian Hehl und Mario Matthes). Der Demozug setze sich erst nach 2-stündiger Verspätung in Bewegung.

Als Redner traten unter anderem Klaus Acker (Kreistagsmitglied der NPD Alzey-Worms) und Safet Babic (Trierer Stadtrat der NPD). Die beiden ließen in ihren Reden eigene Inhalte vermissen und bezogen sich stattdessen praktisch ausschließlich nur auf Thilo Sarrazin, zu dem sie treffend bemerkten, das dessen rassistische und menschenverachtende Ideologie längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen war.

Zu der Gegenveranstaltung kamen nach Berichten der bürgerlichen Medien etwa 350 Menschen. Ca. 40-50 von ihnen setzten sich vom Obermarkt in Richtung Museumsplatz in Bewegung, um die Nazis bei ihrer Kundgebung zu stören, sodass jene teilweise übertönt wurde. Einige Nazis versuchten daraufhin tatsächlich, über die Absperrungen mit den Gegendemonstranten zu diskutieren. Dies sah meistens so aus, das sie die TeilnehmerInnen fotografierten, die sie als „Untermenschen“ bezeichneten und fragten „ob man sich nicht mal treffen wolle“. Die Polizei, die mit ca. 1200 BeamtInnen für den Schutz der Nazis sorgte, griff auch nach Hinweisen und Nachfragen nicht ein. *Autonome Antifa Alzey* ■

## Kleine Anfrage der Abgeordneten Anna Conrads, Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann DIE LINKE

**Betrifft: Polizeiübergriffe auf friedliche Sitzblockierer bei den Protesten gegen den sogenannten „Nationalen Antikriegstag“ der neofaschistischen Au-tonomen Nationalisten“ am 4. September 2010 in Dortmund**

*Vorbemerkung der Fragesteller:*

Insgesamt etwa 15 000 Menschen haben am 4. September 2010 gegen eine stationäre Kundgebung der militanten „Autonomen Nationalisten“ anlässlich eines von den Neonazis ausgerufenen „Nationalen Antikriegstages“ in Dortmund demonstriert. Dabei kam es unter anderem zu vollkommen friedlichen Sitzblockaden am Dortmunder Hauptbahnhof.

Die Polizei, die im gesamten Stadtgebiet mit über 4000 Einsatzkräften zugegen war, beendete besagte Blockaden mancherorts sehr brutal. Bärbel Beuermann, Fraktionschefin der LINKEN im nordrhein-westfälischen Landtag, wurde – obwohl sie sich als Landtagsabgeordnete auswies – gleich zwei Mal von Beamten zu Boden gestoßen sowie von einem Polizisten als „Schlampe“ beschimpft. „Von den Blockaden ging keinerlei Eskalation aus. Trotzdem waren die Polizisten teilweise überaus aggressiv und wendeten auch schmerzhafte Nasen- und Ohrengriffe an. Mehrere Personen erlitten Gesichtsverletzungen, wie zum Beispiel blutige Nasen“, erklärte Beuermann der Tageszeitung Neues Deutschland vom 6.9.2010 (http://www.neues-deutschland.de/artikel/179008.reinfall-fuer-autonome-nationalisten.html). Bilder, die bei den Blockaden gefertigt wurden, belegen zudem, dass Beamte auf friedliche Teilnehmer der Sitzblockade eintraten (www.arbeiterfotografie.de/galerie/reportage2010/index-2010-09-04-dortmund-nazi.html) und massive Gewalt anwendeten.



Zudem hinderte die Polizei Nazigegner daran, an angemeldeten und genehmigten Kundgebungen teilzunehmen. So wirft der Dortmunder „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus“, in dem sich unter anderem Gewerkschaften und Kirchen engagieren, den Beamten vor, den „Protest teilweise behindert“ zu haben (Westfälische Rundschau Dortmund, 8.9.2010, Seite 6).

Außerdem wurden mehr als 100 Nazigegner, die sich auf dem Weg zu der Mahnwache der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) an der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache befanden, in der Nähe des Hauptbahnhofes auf der Höhe des Jobcenters (Kurfürstenstraße) von Beamten eingekesselt und vorläufig festgenommen. Die Betroffenen wurden über Stunden in Käfigen im Dortmunder Polizeipräsidium gefangen gehalten, die bereits beim G8-Gipfel in Heiligendamm zum Einsatz kamen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Hält es die Landesregierung für gerechtfertigt, dass Polizeibeamte mit Schlagstöcken, Pfefferspray, Tritten und Schlägen gegen vollkommen friedliche antifaschistische Sitzblockaden vorgehen, an denen sich in der Vergangenheit auch hochrangige Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen und SPD wie beispielsweise Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) am 1. Mai 2010 in Berlin beteiligt haben?

2. Wie erklärt sich die Landesregierung, dass Landtags- und Bundestagsabgeordnete wie beispielsweise Bärbel Beuermann Opfer massiver polizeilicher Übergriffe und Beleidigungen wurden, obwohl sie sich klar als Mandatsträger zu erkennen gegeben haben?

3. Was gedenkt die Landesregierung zukünftig dagegen zu unternehmen, dass Bürgerinnen und Bürgern, die sich genehmigten Protesten gegen neofaschistische Provokationen anschließen wollen, nicht – wie in Dortmund am 4.9.20010 geschehen – der Weg dorthin von der Polizei versperrt wird?



Fotos: www.arbeiterfotografie.com

4. Warum hält es die Landesregierung offenbar für mit ethischen und humanistischen Ansichten und Wertvorstellungen vereinbar, Menschen – wie in Dortmund geschehen – in Käfige zu internieren, deren Einsatz beispielsweise beim G8-Gipfel massiv von Bürgerrechtlern, Linken, Sozialdemokraten und Bündnis 90/ Die Grünen kritisiert wurden?

5. Welche Initiativen will die Landesregierung konkret unternehmen, um das grundgesetzlich verbriefte Demonstrationsrecht zu schützen und polizeiliche Übergriffe zukünftig zu verhindern?

*Anna Conrads, Bärbel Beuermann*
*Wolfgang Zimmermann*
*LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN Drucksache 15/163, 10.9.2010* ■

## Leipzig: Neonazis kündigen zwei Demonstrationen für den 16. Oktober an

LEIPZIG. Die Leipziger Autonomen Nationalisten kündigen im Internet für den 16.10.2010 gleich zwei Demonstrationen in Leipzig an. Sie wollen einerseits „Gegen Polizeiwillkür und staatliche Gewalt“ und andererseits unter dem Motto „Kapitalismus abschalten – Zinsherrschaft brechen“ aufmarschieren. Ein Jahr, nachdem über 1000 Menschen den vom Vorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten Sachsen und Führungsfigur der so genannten Freien Kräfte (ein länderübergreifendes Netzwerk vor allem junger, gewaltbereiter Neonationalsozialisten) Tommy Naumann angemeldeten Aufmarsch im Leipziger Osten mit einer friedlichen Blockade verhindert hatten, wollen die Nazis ihre Kampagne „Recht auf Zukunft“ mit legalen Mitteln – in Form von angemeldeten Demonstrationen – fortsetzen.

Das Scheitern der Demonstration am 17.10.2009 hatte heftige Diskussionen in der extrem rechten Szene ausgelöst. Der Veranstalter geht inzwischen vor dem Verwaltungsgericht Leipzig gegen Stadt Leipzig und Freistaat Sachsen vor. Er will damit feststellen lassen, dass Stadt und Polizei nicht adäquat gegen die Versammlung des „Bündnis 17.10.“ vorging. Das Bündnis hatte zu „Widersetz“-Aktionen gegen den Aufmarsch aufgerufen, entgegen der Auffassung Naumanns allerdings nicht zu konkreten Veranstaltungen. Juliane Nagel, Stadträtin in Leipzig und aktiv im Bündnis 17.10., das sich mittlerweile in Aktionsnetzwerk Leipzig nimmt Platz umbenannt hat, erklärt:

„Seit einem Jahr lamentieren die Nazis über ihren Misserfolg im Oktober 2009. Der 17.10. ist für sie zum negativen Schlüsseldatum geworden. Dies ist Verdienst vieler Menschen aus Leipzig und auch von außerhalb, die sich dem Aufmarsch der Nationalen Sozialisten am 17.10.2009 mit Kreativität und Entschlossenheit entgegenstellten. Es gilt den Nazis am 16.10.2010 wiederum eine Niederlage zu bereiten. Darum sind alle aufgerufen an diesem Tag auf die Straße zu gehen und sich den Demonstrationen menschenverachtender Ideologie entgegenzustellen. Zahlreiche neonazistisch motivierte Brandanschläge in Sachsen und die permanente Präsenz von NPD-Abgeordneten in Kommunalparlamenten, auch in Leipzig, machen Protest nötiger denn je.“

*PM Jule Nagel, http://jule-nagel.org* ■

## Literaturhaus hält an Sarrazin fest

MÜNCHEN. Trotz der Protestankündung der Münchner „Antifa NT“ und Kritik der „Grünen“ will das Literaturhaus München an der für den 29. September geplanten Veranstaltung mit dem rechtskonservativen Polemiker Thilo Sarrazin festhalten. Lediglich der Charakter der - längst ausverkauften - Veranstaltung soll sich ändern. Statt der geplanten Lesung soll es nun eine „Diskussionsveranstaltung“ werden. „Wir wollen Herrn Sarrazin weder an den Pranger stellen noch ihm ein Forum geben für seine zweifelhaften Thesen, aus denen man rassistische Tendenzen herauslesen kann“, so eine Sprecherin. An der Veranstaltung sollen laut „Standard“ „Einwanderungsexperten, Biologen und Genforscher teilnehmen“ (!), dies sei „die einzige Möglichkeit, wie diese Veranstaltung stattfinden kann“.

Die „Antifa NT“ sieht angesichts dieser Änderung keinen Grund, von den angekündigten Protesten abzurücken: „Mit Rassisten gibt es nichts zu diskutieren. ... Sarrazin hat mit seinen Aussagen zu angeblich „weniger intelligenten“ und „integrationsunwilligen Muslim_innen“, seiner These von „jüdischen Genen“, seiner ständigen Abwertung muslimischer Frauen mit Begriffen wie „Kopftuchmädchen“ oder „Importbraut“ deutlich gezeigt, wessen Geistes Kind er ist.“

*www.luzi-m.org, Redaktion Luzi-M* ■

## 2. Regionalkonferenz antifaschistischer Initiativen

Am 2. Oktober 2010 wird in Alsdorf die zweite Regionalkonferenz antifaschistischer Initiativen unter dem Motto „Aktiv gegen Rechts - Gemeinsam diskutieren, informieren, handeln“ stattfinden.

Bürgerschaftliches Engagement gegen Rassismus und Neofaschismus ist heute unerlässlicher denn je und dies funktioniert am besten, wenn Netzwerke entstehen. Hierzu soll die Regionalkonferenz dienen.

Auf der Vorjahreskonferenz in Eschweiler hatten über 100 Menschen einen Tag lang gemeinsam informiert und diskutiert. In Alsdorf wird der Vormittag durch einen Vortrag des Wissenschaftlers Prof. Dr. Wolfgang Dreßen aus Düsseldorf gestaltet. Herr Dreßen wird zum Thema „Was ist der gesellschaftliche Nährboden für Rassismus?“ sprechen. Er wird dabei die öffentliche Debatte um das Buch von Herrn Sarrazin behandeln.

In Arbeitsgruppen werden Themen behandelt wie „Nazis erkennen“, „Neonazismus und Globalisierung“. Außerdem will die Konferenz einen Beitrag zur Verhinderung der jährlichen Naziaufmärsche Anfang April 2011 leisten sowie eine Arbeitsgruppe zum Austausch der Erfahrungen lokaler Geschichtsarbeit einrichten.

Die Konferenz in Alsdorf findet unter der Schirmherrschaft des Alsdorfer Bürgermeisters Alfred Sonders statt, der auch die Gäste begrüßen wird. Außer ihm rufen noch die Bürgermeister von Eschweiler, Rudi Bertram, und von Stolberg, Ferdi Gatzweiler, zur Teilnahme an der Konferenz auf. Die Initiatoren der Konferenz sind lokale Gruppen gegen Rassismus, Neofaschismus und Geschichtsrevisionismus aus verschiedenen Städten und Gemeinden der Region.




Die Veranstaltung findet in den Räumen der Gustav-Heinemann Gesamtschule, Kurt Koblitz Ring in Alsdorf statt. Beginn ist 10.00 Uhr. In der Mittagspause wird ein preiswertes warmes Gericht bereitgestellt. Die Veranstaltung endet gegen 17.00 Uhr mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution.

*Frank Thyssen, Presseverantwortlicher Kurt Heiler, info-ac@vvn-bda* ■

## Protest gegen Soldatentreffen am Ort des Todes zigtausender Kriegsgefangener

NRW. Schon am 6.11.2009 hieß es in der Westfälischen Rundschau: „Es dürfte eines der größten Reservistentreffen des Landes werden, wenn am 28. September 2010 auf der Landesgartenschau der ‚Bundeswehrtag‘ veranstaltet wird. Panzer können besichtigt werden. Marschmusik erklingt. Bundesweit will Gartenschau-Geschäftsführer Peter Friedrich in Reservisten-Verbänden Werbung für diesen Tag machen. … ‚Eigentlich erleben wir auf diesem Gelände den Zauber der Verwandlung, wie Schwerter zu Pflugscharen werden‘, sagt Friedrich. ‚Mit dem Bundeswehr-Tag stellen wir uns unserer Geschichte.‘“

Zu dieser Geschichte gehört der Mord an zigtausenden Kriegsgefangenen auf dem Gelände im Zweiten Weltkrieg. Nicht Pflugschare werden gezeigt, sondern Panzer. Protest ist angesagt. Das schrieb VVN-BdA-Landessprecher Ulrich Sander in einem Brief an zahlreiche Friedensinitiativen. Jetzt hat die VVN-BdA NRW eine Erklärung zum größten →

# Wahlen in Wien: FPÖ setzt voll auf Rassismus

**Am 10. Oktober wird in Wien gewählt. Nach den Nationalratswahlen handelt es sich um die zweitwichtigsten Wahlen. Während zentrale inhaltliche Fragen- die sozialen und ökologischen Krisen des Kapitalismus- weitgehend ausgeblendet bleiben, setzt die FPÖ voll auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.**

„Mehr ‚Wiener Blut' – Zuviel Fremdes tut niemals gut", „Wir vertrauen auf unsere Jugend – die SPÖ auf Zuwanderung", „Wir schützen freie Frauen – die SPÖ den Kopftuchzwang" lauten die zentralen Parolen der FPÖ. Sie fordert ein „Bauverbot für Minarette und Islamzentren" – in einem Land, in dem es neben tausenden Kirchen ganze vier Minarette gibt. Die FPÖ macht sich für den Rassisten Thilo Sarrazin stark und wird dabei massiv von der „Kronenzeitung" (mit „Bild" vergleichbar) unterstützt. Selbst ihre Stilisierung als „ soziale Heimatpartei" kommt kaum zum Tragen. In der Steiermark, wo bereits am 26. September der Landtag gewählt wird, stellte die FPÖ ein „Spiel" ins Netz, bei dem Minarette und Muezzins abgeschossen werden können. Die Staatsanwaltschaft untersagte das mörderische Spiel, worauf es prompt auf einer Neonazi-Homepage auftauchte ...

#### Offizielle Politik leistet der Fremdenfeindlichkeit Vorschub

Trotz der aktuellen Krisen plätschert der Wahlkampf der Großparteien dahin und erschöpft sich zu einem Gutteil in Plattitüden. Der sozialdemokratische Bürgermeister Michael Häupl will eine „lebenswerte Stadt für alle", die ÖVP sehnt sich nach „mehr frischem Wind" – sagt aber schon jetzt, dass sie nach der Wahl mit der SPÖ gemeinsame Sache machen wird ...

Die offizielle Politik – garniert mit einigen demokratischen Lippenbekenntnissen – leistet dem Rassismus der FPÖ Vorschub. Soeben wurden von SPÖ und ÖVP weitere Verschärfungen gegen Asylsuchende beschlossen: sie werden in Asylzentren eine Woche eingesperrt (mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten bei „Zuwiderhandeln"). Um diesen infamen Verfassungsbruch zu kaschieren wird von „Mitwirkungspflicht" der Asylsuchenden gefaselt. In diesen xenophoben Kontext passt das ÖVP-Plakat: „Reden wir über Bildung – Am besten auf Deutsch".

Die Grünen sind inhaltlich blass und von internen Querelen gezeichnet. Der Umstand, dass ihr bisheriger Bundesrat Schennach von einem Tag auf den anderen „ohne politische Gründe" zur Sozialdemokratie wechselte, spricht Bände. Die Wiener Grünen – und nicht nur die Parlamentsriege und die Grünen in anderen Bundesländern – sind weit von einer „Bewegungspartei" entfernt.

Die KPÖ erhebt soziale Forderungen wie Mindestlohn, Gratisfahren auf öffentlichen Verkehrsmitteln, Einrichtung von Sozialmärkten und widersetzt sich dem Rassismus: so verlangt sie das Wahlrecht für in Wien lebende AusländerInnen (auch ich werde diesmal bei ihr ankreuzen). Sie agiert jedoch alleine und zeigt für ein gemeinsames Projekt der Linken wenig Interesse. Eventuelle Stimmen- und Mandatsgewinne (auf Bezirksebene) werden so kaum bundespolitische Relevanz haben.

Obwohl der Rassismus der FPÖ ein dümmliches Haider-deja-vu ist, hundert Jahre nach dem Demagogen Lueger (1) die Parallelität von Antisemitismus und Islamophobie (2) mit Händen greifbar ist und Wien stets ein „Schmelztiegel der Nationen" (3) war, werden der FPÖ 20 Prozent und mehr vorausgesagt. Daran zeigt sich klar, dass der Hydra Rechtsextremismus und Rechtspopulismus mit Aufklärung und Erinnerungskultur allein nicht wirksam zu begegnen ist. Es bedarf einer anderen, konsequent linken Politik und einer entsprechenden – pluralen – Organisation, die die realen Arbeits- und Lebensverhältnisse verändert und so der Sündenbock-Ideologie den gesellschaftlichen Nährboden entzieht.

*Hermann Dworczak* ■

(1) Siehe Anna Ehrlich: Karl Lueger. Die zwei Gesichter der Macht. Almathea Signum Verlag Wien 2010. 288 Seiten

(2) Siehe John Bunzl/Farid Hafez (Hrsg.): Islamophobie in Österreich. Studien Verlag Innsbruck 2009. 224 Seiten

(3) Siehe Regina Wonisch (Hrsg.): Tschechen In Wien – Zwischen nationaler Selbstbehauptung und Assimilation. Löcker Verlag Wien 2010. 255 Seiten

---

Soldatentreffen der Bundesrepublik Deutschland herausgegeben:

#### Gegen das Militärspektakel von Hemer am 28. September

Auf dem Gelände der Landesgartenschau in Hemer will die Bundeswehr am 28. September eines ihrer größten Soldatentreffen durchführen, das es je gab. Der Bundeswehrverband und die Reservistenverbände sind mit von der Partie. Panzer sollen den Kindern als Spielgerät angeboten werden. Militärmärsche sollen erklingen. Es wird für Militär und Krieg geworben.

All das findet nicht nur auf dem Landesgartenschaugelände statt, sondern auch auf dem Boden des ehemaligen Stalag VI A (Kriegsgefangenen-Stammlager der Wehrmacht). Hier sind während des Vernichtungskrieges der Naziwehrmacht viele Tausende Kriegsgefangene grausam zu Tode gekommen. Mit drei Millionen Todesopfern unter den sowjetischen Kriegsgefangenen ist diese Opfergruppe eine der größten gewesen. Zigtausende kamen in Hemer ums Leben. Mindestens 25.000 von ihnen sind auf den Friedhöfen am Stadtrand in Massengräbern begraben. Weitere starben im Arbeitseinsatz als Zwangsarbeiter in der Ruhrwirtschaft; allein im Zeitraum von Juli bis November 1943 starben im Ruhrbergbau 28.000 Gefangene.

Und hier soll nun die Bundeswehr aufmarschieren. Wir sind es den Opfern schuldig, uns dagegen zu wehren.

Wir wehren uns dagegen, dass mit den Reservistenverbänden und dem Bundeswehrverband zwei besonders militaristische Großorganisationen hier für sich werben dürfen. Diese Verbände sind durchsetzt mit rechtsextremistischen Kadern. Erst kürzlich wurde es von den Verbandsführungen abgelehnt, den NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, Hauptmann der Reserve, auszuschließen. Auch andere Nazikader sind dabei. Das war schon seit Gründung dieser Vereinigungen so, denn sie haben auch die Reservisten aufgenommen, die schon in der Wehrmacht dienten. Viele waren schon im Krieg an schweren Kriegsverbrechen beteiligt. Der Bildungsverein des Bundeswehrverbandes ist nach Karl Theodor Molinari benannt worden, einen Bundeswehr- und Wehrmachtsgeneral, der in Frankreich wegen seiner Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt wurde.

Heute rufen die Neonaziverbände ihre „jungen Kameraden" auf, sich in der Bundeswehr an Waffen ausbilden zu lassen – „für den Kampf für Deutschland". Diese Leute sind dann dabei, wenn die Zivilmilitärische Zusammenarbeit die Städte und Gemeinden durchdringt. Tausende Reservisten sehen zum Einsatz im Innern bereit – auch zum Einsatz gegen das eigene Volk. Zum Einsatz gegen Streikende.

Die Bundeswehr, die sich in Hemer feiern lassen will, ist im Kriegseinsatz. In Afghanistan führt sie den Krieg gegen die dortige Bevölkerung. Am 4. 9. 2009 hat ein Oberst Georg Klein die Ermordung von 142 Männern, Jugendlichen und Kindern befohlen – ohne dass die Bundeswehr oder die deutsche Justiz ihn belangt hätten. Strafbefreiung für Massenmord.

Wir fordern die Absetzung des Militärspektakels auf dem Gelände des Stalag VI A und der Landesgartenschau. Wir fordern Schritte zum Frieden, statt Manöver für den Krieg.

*Ulrich Sander, VVN - BdA NRW* ■

**Die Münchner Neonazi-Szene muss erneut einen herben Rückschlag hinnehmen. Für ihr erst am 31. Juli eröffnetes „Nationales Kultur- und Begegnungszentrum" in München- Forstenried hat die Lokalbaukommission München ein Nutzungsverbot als Aufenthalts- und Versammlungsraum erlassen.** *

# Neonazi-„Kommunikationszentrum" stillgelegt

### Die Anmietung

Ende Juni 2010 schloss der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Karl Richter als Vertreter der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München e.V. i.G." (BIA) einen Mietvertrag über zwei Jahre (mit Option auf Verlängerung) mit den Besitzern ab. AktivistInnen neonazistischer Kameradschaften begannen mit der Renovierung der Räume, die sich über einen Monat erstreckte. Ein „Kommunikationszentrum" würde nun entstehen, jubelte die BIA über den vermeintlichen Coup.

Die ersten Veranstaltungen: Noch vor der offiziellen Eröffnung fand in den neuen Räumen an der Drygalski-Allee am 31. Juli 2010 eine Mitgliederversammlung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" statt. Schließlich musste das Sammelbecken BIA ihr in Stadelheim inhaftiertes Vorstandsmitglied Philipp Hasselbach ersetzen. Hasselbach, der bis zur Festnahme auch als Pressesprecher des BIA-Stadtrates Karl Richter wirkte, sei „ausgeschieden", verkündete nun Karl Richter im BIA-„Pressebereich". Stattdessen habe man Ron Appelt von der neonazistischen Kameradschaft „Freundeskreis Gilching" in den Vorstand gewählt.

Im Anschluss daran folgte dann die offizielle Eröffnung des „nationalen Kultur- und Begegnungszentrums" (Eigenbezeichnung): Zuerst mussten die laut BIA angeblich 120 anwesenden Gäste Reden von Karl Richter (BIA-München), Roland Wuttke (NPD-Bayern) und Vanessa Becker (Freie Nationalisten München) lauschen. Alle drei betonten die Wichtigkeit der neuen Räume für die rechte Szene Münchens und für den Ausbau ihrer Strukturen. (...)

Karl Richter betonte in seiner Rede, dass die ca. 125 qm großen Räumlichkeiten allen rechten Gruppierungen Münchens offen stünden, jedenfalls sofern die „Hausordnung" eingehalten werde, wozu auch korrektes Verhalten gehöre. Dann gab das Rechtsaußen-Stadtratsmitglied einen Ausblick auf Schulungen, Ausstellungen, Vorträge und Feiern, die hier in Zukunft stattfinden sollten. In krassem Gegensatz zu der angeblichen Bürgernähe stand jedoch der äußere Eindruck der Souterrain-Räume im Innenhof. Türen und Fenster waren mit Holzplatten und Folien zugeklebt und nach außen wies bis zuletzt nichts auf das „Kultur- und Begegnungszentrum" hin.

### Hakenkreuz und Schwarze Sonne

Den Verlautbarungen der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" auf ihrer Internetseite zufolge haben sich angeblich viele interessierte Bürger am Tag der Eröffnung die Räumlichkeiten zeigen lassen. Etliche dem a.i.d.a.-Archiv zugespielte Bilder (deren Urheber von uns nicht ermittelt werden konnte), sagen jedoch etwas anderes aus (...)

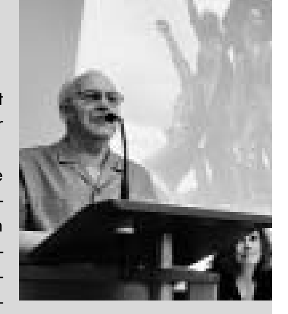
Das vorläufige Aus: Solche Abende in den Räumen der BIA gehören nun jedoch der Vergangenheit an. Auch die von der Münchner Neonaziszene im Vorfeld ihres geplanten Aufmarsches am 13. November „in der eigenen Immobilie" angekündigten Veranstaltungen können nicht mehr im Keller an der Drygalski- Allee stattfinden. Die Hiobsbotschaft ereilte Karl Richter bereits Ende August, ausgesprochen von der Lokalbaukommission: Auf Grund der geplanten bzw. bereits durchgeführten Aktivitäten in den BIA-Räumen ergebe sich eine baurechtlich relevante Nutzungsänderung, für die keine Genehmigung vorliege. Akute Fragen des Brandschutzes, der Belüftung, der Lichtverhältnisse, der PKW-Stellplätze etc. begründeten eine Nutzungsuntersagung binnen weniger Tage. Das heißt, die frisch renovierten Räume dürfen in Zukunft allenfalls noch als Lager benutzt werden. Karl Richter verbleibt zwar die Möglichkeit, vor dem Verwaltungsgericht gegen das Nutzungsverbot zu klagen, dies hat aber keine aufschiebende Wirkung. Nach a.i.d.a. vorliegenden Informationen versucht der Vermieter zur Zeit obendrein, auf zivilrechtlichem Weg das Mietverhältnis ganz zu beenden.

Das Vorhaben, mit der Anmietung einer Immobilie zum weiteren Ausbau neonazistischer Strukturen in München beizutragen, hat sich somit zu einem Desaster für die Szene entwickelt. Innerhalb von nur vier Monaten haben die Münchner Neonazis nicht nur zwei Objekte faktisch verloren; Sie haben auch eine Menge Zeit und Geld investiert – für nichts.

*www.aida-archiv.de* ■

*Im Internet-Original des hier nur in Auszügen wiedergegebenen Textes zeigt www.aida-archiv.de aus gegebenen Anlass erstmals Bilder aus den BIA - Räumen.

## Michel Vanderborght (1925 – 2010) gestorben



Am 12. September 2010 verstarb im Alter von 85 Jahren der Präsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, Michel Vanderborght. Die FIR schreibt dazu:

„Schon als Jugendlicher schloss er sich dem Widerstand an und kämpfte aktiv in der Partisanen-Armee in der Region Leuven (Louvain). Die Partisanenarmee leistete einen wichtigen Beitrag zur Befreiung des Landes von der faschistischen Okkupation. Nach der Befreiung Belgiens wurde Michel Vanderborght aktiv in der kommunistischen Jugendorganisation Belgiens und war der belgische Vertreter im Weltbund demokratischer Jugend (WBDJ). Seit 1947 nahm er an allen „„Weltfestspielen der Jugend und Studenten" als Delegierter und später als Gast teil. In den 50er und 60er Jahren arbeitete er für die Kommunistische Partei Belgiens und unterstützte die antikoloniale demokratische MNC (Mouvement National Congolais) von Patrice Lumumba. Im Rahmen dieser internationalen Kontakte kam er auch mit Fidel Castro und anderen Repräsentanten der antikolonialen Befreiungsbewegungen zusammen. 1960 organisierte er in Belgien den ersten Marsch gegen Atomraketen zum Stationierungsort amerikanischer Atomwaffen. Seit dieser Zeit war Michel Vanderborght aktiv in der belgischen Friedensbewegung. Er war Vorsitzender der Gruppe „„Vrede" und Herausgeber der gleichnamigenZeitschrift. Überregional und in seinem Umfeld organisierte er verschiedene Friedensaktionen. Seit Jahrzehnten arbeitete er im Rahmen der Front l'Indépendance (F.I.) für die Erinnerung an den antifaschistischen Kampf und die Bewahrung des historischen Gedächtnisses an die Okkupation Belgiens. Im Rahmen der antifaschistischen Erinnerungsarbeit trug er viele Jahre die Verantwortung für das „„Widerstandsmuseum" in Brüssel und arbeitet im Aufsichtsrat des „„Institut des Vétérans". Auf dem 13. Kongress der FIR in Berlin 2004 wurde er zum Präsidenten der Organisation gewählt. Trotz seines hohen Alters und gesundheitlicher Probleme füllte er diese Aufgabe mit großem Engagement und Ideenreichtum aus. Auf seine Initiative gingen die Konferenz der FIR in den Räumen des Europäischen Parlaments und die Vorbereitung und Umsetzung des großartigen Internationalen Jugendtreffens 2008 in Buchenwald zurück. Er regte weitere Projekte an, die die Lebendigkeit der Organisation und ihre Verbundenheit mit den heutigen Generationen bewiesen. Für seine politische und historische Arbeit erhielt er zahlreiche belgische und internationale Auszeichnungen.

Wir verlieren mit ihm einen Präsidenten, der sich mit hoher persönlicher Autorität und großem Engagement für die gemeinsame Sache aller antifaschistischen und Veteranenorganisationen einsetzte. Er verband eine klare politische Überzeugung mit der Fähigkeit, Brücken zu allen demokratischen Kräften zu bauen. Wir verdanken ihm viel und werden ihn sehr vermissen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und langjährigen Kampfgenossin Marie-Louise und seiner Familie. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren."

*Für den Exekutivausschuss der FIR: Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär*
*Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)* ■

# Rezension des Sarrazin-Buches

**Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2010**

Thilo Sarrazin ist kein Unbekannter im politischen Diskurs. Seine zynische Äußerung, Hartz-IV-Empfänger könnten sich für weniger als vier Euro pro Tag ernähren, führte zu heftiger Kritik auch innerhalb der Berliner SPD.[1] In einem Interview in der Kulturzeitschrift „Lettre International", das am 30.9.2009 veröffentlicht wurde, machte Sarrazin rassistische Äußerungen über die Wirtschafts- und Migrationspolitik der Stadt Berlin.[2]

In seinem Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Lands aufs Spiel setzen." geht es um „Gefährdungen und Fäulnisprozesse im Inneren der Gesellschaft"[3] und deren Überwindung. Sarrazin geht von angeblich existierenden „genetisch bedingten Unterschieden in Intelligenz und Temperament"[4] beim Menschen aus und folgert daraus:[5] „Dass in Deutschland überdurchschnittlich viele Kinder in sogenannten bildungsfernen Schichten mit häufig unterdurchschnittlicher Intelligenz aufwachsen, lässt uns schon aus rein demographischen Gründen durchschnittlich dümmer werden." Da „Intelligenz (…) zu 50 bis 80 Prozent erblich"[6] sei, sei für einen großen Teil der Kinder aus bildungsfernen Schichten der Misserfolg mit ihrer Geburt bereits quasi vorprogrammiert, da sie gemäß „den Mendelschen Gesetzen die intellektuelle Ausstattung ihrer Eltern erben".[7]

Sarrazin geht davon aus, dass sich in den letzten Jahrzehnten eine Tendenz entwickelt hat, alles auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu schieben und so den Einzelnen moralisch von der Verantwortung für sich und sein Leben zu entlasten.[8] Mit Pauschalisierungen hetzt er gegen eine nicht näher definierte „Unterschicht", die in einer „Wohlfahrtsdiktatur"[9] auf die Befriedigung kurzfristiger Bedürfnisse wie „Alkohol, Zigaretten, Medienkonsum und Fastfood" konzentriert sei.[10] Die angeblich üppigen Sozialleistungen wären dafür verantwortlich, dass „Leistungsferne und mangelhafter Willen zur Selbsthilfe teilweise belohnt und damit zur Verfestigung einer transferabhängigen Unterschicht beiträgt."[11] Sarrazin spricht abwertend von einer „Armut im Geiste" vieler Vertreter dieser „Unterschicht". Dies sei eine „Kombination aus Bildungsferne, Sozialisationsdefiziten sowie Mangel an Gestaltungsehrgeiz und Lebensenergie."[12] Er spricht sich gegen eine Fortbildung und Umschulung von Transferempfängern aus, da laut Sarrazin „alle Untersuchungen nämlich darauf hinweisen", dass solche Maßnahmen bei dieser Zielgruppe keine belegbaren nennenswerten Beschäftigungseffekte auslösen würden.[13] Dies ist eine bewusst gesteuerte Falschmeldung, genügend wissenschaftliche Untersuchungen beweisen das Gegenteil.[14]

Seine „Änderungsvorschläge" laufen auf eine heftige Kürzung der staatlichen Leistungen hinaus, „um mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen". Weiterhin soll eine Art Arbeitspflicht eingeführt werden:[15] „Erwerbsfähige Menschen unter der gesetzlichen Altersgrenze erhalten Leistungen der Grundsicherung nur noch gegen eine verpflichtende Gegenleistung."

Mit rassistischen Stereotypen heizt Sarrazin die Debatte um die Migrationspolitik weiter an:[16] „Die deutsche Einwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte hat nicht die Leistungsträger fremder Völker angelockt, sondern vornehmlich Landbewohner aus eher archaischen Gesellschaften, die in ihren Heimatländern am unteren Ende der Rangskala wie auch der Bildungsskala angesiedelt sind."

Angeblich homogene Zuwanderungsgruppen werden ohne jeden Hinweis auf eine verwertbare Quelle mit dem Stigma des Sündenbocks belegt:[17] →

# Thilo Sarrazin und der Rechtspopulismus

## Thesen

**Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen" konzentriert sich in demagogischer Weise auf drei Kernthemen: Die Ethnisierung eines Klassenproblems, die eugenische Betrachtung eines Bildungsproblems und die segregationistische (apartheid-ähnliche) Behandlung eines Integrationsproblems. (Adrian Kreye, SZ 3.9. 2010)**

Sarrazin bedient sich dabei eines extrem populistischen Stils, der irrationale Ängste einer verunsicherten Mittelschicht, welche einen gesellschaftlichen Abstieg fürchtet, ebenso anspricht wie Teile der traditionellen Arbeitermilieus. Deshalb finden Sarrazins Thesen Anklang sowohl in den rechtskonservativen Kreisen der CDU, in neoliberalen Kreisen der FDP, aber auch bei Teilen von SPD und LINKEN. Darüber hinaus bekommt er natürlich Applaus von allen Teilen der extremen Rechten. Die NPD hat ihm einen Beraterposten im Bundesvorstand angeboten, die PRO-Parteien würden Sarrazin sogar zu ihrem Vorsitzenden machen wollen. Die Hamburger NPD bringt fast täglich neue, wohlwollende Artikel zu Sarrazin, selbst Kameradschaften werben für ihren neuen Heilsbringer.

Sarrazins Thesen sind weder besonders originell noch neu. Wer Publikationen wie die neurechte „Junge Freiheit", die altbackene „Nationalzeitung" oder das NPD-Organ „Deutsche Stimme" liest, hat dort in teilweise sogar in identischer Sprache die gleichen Inhalte schon zig mal gelesen. Dessen sind sich die Faschisten auch bewusst, und deshalb werben sie auch so eifrig für Sarrazin und sein Buch. Das einzig Neue an dem Buch ist, dass es von einem Vorstandsmitglied der Bundesbank, einem SPD-Mitglied und früheren Finanzsenator von Berlin herausgegeben wurde und dass sich, neben der notorischen BILD-Zeitung, Deutschlands führendes Magazin des angeblich aufgeklärten Bürgertums, der SPIEGEL, für die Vorveröffentlichung von solcher Demagogie hergibt.

– Der eugenische Kern, also die Debatte um biologisches Erbgut, statt um kulturelles Erbe, bei Sarrazin hat seinen Ursprung in den rassistischen, bevölkerungspolitischen Diskussionen in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Frank Schirrmacher stellte in der FAZ (30.08.10) kritisch fest „ Es geht um die Verbindung von Erbbiologie und Kultur und damit letztlich um, ein Wort, das Sarrazin so unerschrocken benutzt, wie einst Gottfried Benn, ‚Zuchtwahl' und ‚Auslese'". – Zuchtwahl und Auslese diese Wortwahl benutzten die Nationalsozialisten! Und statt adjektivisch, vornehm von „dysgenisch" zu sprechen, wie Sarrazin es tut, hieß es damals ehrlicherweise „Rassenhygiene" – das deutsche Wort für Eugenik.

– Schirrmacher weist in seinem Text auch nach, das Sarrazin in seinem Traktat bewusst einige „Begriffe, Namen und Quellen im Register nicht" nennt, „obwohl sie sich in den Fußnoten oder über Verweise rekonstruieren lassen. Das ist kein Versehen ", so Schirrmacher. Sarrazin greift vollkommen veraltete Theorien, wie z. B. die des Biologen Harry Laughlin, des Ökonomen Irving Fischer und des Eugenikers Francis Galton auf. In einer Fußnote geht Sarrazin davon aus, →

„Belastbare empirisch-statistische Analysen, ob die Gastarbeiter und deren Familien überhaupt einen Beitrag zum Wohlstand erbracht haben oder erbringen werden, gibt es nicht. (…) Für Türken und Marokkaner wird man sie sicher verneinen können.“ Sarrazin plädiert dafür, die weitere Zuwanderung nach Deutschland mit Ausnahme „hoch qualifizierter Experten“ generell zu beenden.

Vor allem muslimische Migranten werden undifferenziert als Sündenböcke für eine seiner Ansicht nach verfehlte Migrationspolitik ausgemacht:[18] „Eine Zuwanderungs- und Integrationsproblematik (…) gibt es heute in Deutschland ausschließlich mit Migranten aus der Türkei, Nah- und Mittelost, die zu mehr als 95 % muslimischen Glaubens sind.“ Diese „mangelnde Integration“ sei den „Attitüden“ der muslimischen Einwanderer geschuldet:[19] „Sie haben als Einzige zu großen Teilen Sprachprobleme, sie bilden zugleich einen wesentlichen Teil der Unterschicht und Transferbevölkerung in Deutschland, und ihre Kinder haben die größten Schwierigkeiten im deutschen Bildungssystem.“ Sarrazin sieht in den muslimischen Migranten zum großen Teil „Sozialschmarotzer“:[20] Ohne die Grundsicherung hätten außerdem zumindest Türken und Araber in Deutschland ein anderes generatives Verhalten gezeigt. Insbesondere unter den Arabern in Deutschland ist die Neigung weit verbreitet, Kinder zu zeugen, um mehr Sozialtransfers zu bekommen, und die in der Familie oft eingesperrten Frauen haben im Grunde ja kaum etwas anderes zu tun.“

In antiislamischer und rassistischer Diktion verkündet Sarrazin, muslimische Einwanderer würden eine gesellschaftliche Gefahr darstellen:[21]

„Das westliche Abendland sieht sich durch die muslimische Immigration und den wachsenden Einfluss islamistischer Glaubensrichtungen mit autoritären, vormodernen, auch antidemokratischen Tendenzen konfrontiert, die nicht nur das eigene Selbstverständnis herausfordern, sondern auch eine direkte Bedrohung unseres Lebensstils darstellen. (…) Kulturell und zivilisatorisch bedeuten die Gesellschaftsbilder und Wertvorstellungen, die sie vertreten, einen Rückschritt. Demografisch stellt die enorme Fruchtbarkeit eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternden Europa dar.“

Ohne einen einzigen Beleg bringt Sarrazin allen Ernstes Migranten aus dem Nahen Osten mit „Erbkrankheiten“ in Verbindung:[22] „So spielen bei Migranten aus dem Nahen Osten auch genetische Belastungen – bedingt durch die dort übliche Heirat zwischen Verwandten – eine erhebliche Rolle und sorgen für einen überdurchschnittlichen hohen Anteil an verschiedenen Erbkrankheiten.“

Im Stile der NPD-Postille „Deutsche Stimme“ oder der „Jungen Freiheit“ entwirft Sarrazin das Angstszenario eines angeblichen „Aussterbens der Deutschen“:[23] „Bleibt die Geburtenrate der Migranten dagegen dauerhaft höher als die der autochthonen Bevölkerung, so werden Staat und Gesellschaft im Laufe weniger Generationen von den Migranten übernommen.“ Er schürt bewusst das Phänomen der „Überfremdung“:[24] „Für mich ist es wichtig, dass Europa seine kulturelle Identität als europäisches Abendland und Deutschland seine als Land mit deutscher Sprache wahrt. (…) Ich möchte, dass auch meine Urenkel in 100 Jahren noch in Deutschland leben können, wenn sie dies wollen. Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, dass dort über weite Strecken türkisch →

---

dass eine „Erblichkeitsannahme von 80 Prozent“ „grundsätzlich schlüssig“ sei.

Als aktuellerer Quelle bedient sich der Bundesbanker aus dem tendenziösen Werk „The Bell Curve“ des Politikwissenschaftlers Charles Murray und des Psychologie-Professors Richard Herrnstein aus den USA. Die American Psychological Association, wies die Thesen von Murray und Herrnstein 1995 im Wesentlichen als wissenschaftlich unhaltbar zurück. Des Weiteren beruft sich Sarrazin u.a. auf die Thesen des Verhaltensforschers Irenäus Eibl-Eibesfeldt, der seine ethologische Forschung an Tieren auf menschliches, intelligenz-gesteuertes Verhalten überträgt und deshalb heftig kritisiert wurde. Eibl-Eibesfeldt dient nicht nur Herrn Sarrazin als Referenz, sondern auch neofaschistischen Ideologen der NPD. Trotzdem kann man bei Sarrazin lesen: „Jeder Hunde- und Pferdezüchter lebt davon, dass es große Unterschiede im Temperament und Begabungsprofil der Tiere gibt und dass diese Unterschiede erblich sind“ und er suggeriert so gleich die Übertragbarkeit auf den Menschen. Für eine kurze kritische Einführung in die eugenische Methode von Sarrazin, sei der erwähnte Artikel von Frank Schirrmacher empfohlen, für weitergehende Kritik an solchen Erbtheorien die Bücher „Der falsch vermessene Mensch“, von Stephen J. Gould, oder „Die Gene sind es nicht...“ von C. Lewontin, S. Rose und L.J. Kamin.

Der Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland e.V. – VBIO erklärt: „Herr Sarrazin hat die grundlegenden genetischen Zusammenhänge falsch verstanden – seine Aussagen beruhen auf einem Halbwissen, das nicht dem Stand der Evolutionsforschung entspricht.“

Das Buch „Deutschland schafft sich ab“ soll vorspiegeln, dass es mit 465 Seiten, 538 Fußnoten, 33 Tabellen und 10 Schaubildern ein wissenschaftlich fundiertes Werk sei. So betont der Autor auch gerne, dass er empirisch gearbeitet hätte und der SPIEGEL, etliche Feuilletons, natürlich die BILD und der Stammtisch, aber auch Kaffeekränzchen in der Bürgervilla und Diskutanten am Rande eines Operbesuches, nehmen dieses für bahre Münze.

Der Kölner Professor Butterwegge bezeichnet Sarrazins Ergüsse stattdessen richtigerweise als „Rechtspopulismus pur“ um einen „typischen Fall von Kulturrassismus und Sozialdarwinismus.“ (FR 29.8.10) Und er erklärt auch, warum die Demagogie des Bundesbankers gerade auch bei SPIEGEL- und FOCUS-LeserInnen, beim Bürgertum auf solch fruchtbaren Boden fallen. Sarrazin verbreitet „elitäres Bewusstsein, Überlegenheitsgefühle und intellektuelle(n) Dünkel.“ Denn neben rassistischen und eugenischen Phrasen, verkündet der Wirtschaftsmensch auch einen brutalen Klassenkampf von oben – selbstverständlich streng wirtschaftlich nach Kosten und Nutzen analysierend. Man darf halt auch kein fetter Sozialhilfeempfänger sein. Die unantastbare Würde des Menschen, fällt da schon mal bei aller Zahlenakrobatik unter den Tisch. Sarrazin hat nicht nur verdientermaßen sechs Anzeigen wegen Volksverhetzung kassiert, er muss auch als Verfassungsfeind bezeichnet werden.

„Armut wird schließlich nicht von Migrant(innen) muslimischen Glaubens ‚importiert‘, sondern vom kapitalistischem Wirtschaftssystem“ produziert, hält Butterwegge dagegen fest. Nicht im Niedriglohnbereich und im Transferleistungsbezug seien die Ursachen für die Spaltung von Arm und Reich, „sondern nationale Eliten, die ihrerseits eine Parallelgesellschaft herausbilden, wenn sie Luxusquartiere bewohnen und sich auch räumlich immer deutlicher abschotten.“

Seit Thilo Sarrazin von Bundespräsident und Kanzlerin, von seinem Parteivorsitzendem Gabriel, seinem Berliner Genossen und Bürgermeister Wowereit, aber auch von seinem Finanzkollegen Minister Schäuble Gegenwind bekommen hat und seit der Bundesbank-Vorstand einstimmig seine Entlassung empfohlen hat, hebt bei BILD und Co. ein wahres Geschrei der Entrüstung an: Ein „Exorzismus“ werden an dem armen Großverdiener Sarrazin vollzogen, eine „Kampagne für die Meinungsfreiheit“ will die BILD anführen. Einen, der lang gepflegte, falsche Tabus der political correctness gebrochen hätte, einen Klartexter, Mutigen, Aufrechten preist man Thilo Sarrazin in diesen Kreisen. Und auch die SÜDDEUTSCHE oder die ZEIT geben ihm entweder Raum für ein Interview, oder behaupten, dass er zumindest eine →

➔ und arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird. Wenn ich das erleben will, kann ich eine Urlaubsreise ins Morgenland buchen. (…) Ich möchte nicht, dass wir zu Fremden im eigenen Land werden.“

Diese Argumentation ist nichts anderes als die altbekannte Parole „Ausländer raus“, nur in eine anspruchsvollere Wortwahl gekleidet. Sarrazins Denken wird von einem Dualismus zwischen „Deutschen“ und „Migranten“ geprägt, wobei die letzteren als Gefahr für die Homogenität der „deutschen Nation“ gesehen werden. Gegen diese „Fehlentwicklungen“ spricht sich Sarrazin für „einen gesunden Selbstbehauptungswillen als Nation“ aus, ohne den „unsere gesellschaftlichen Probleme“ nicht gelöst werden könnten.[25] Untergangsszenarien, wie in extrem rechten Kreisen üblich, gehören auch zur Argumentationsweise Sarrazins:[26] „Deutschland ist, wirtschaftlich gesehen, in der Spätphase eines goldenen Zeitalters, das um 1950 begann und langsam zu Ende geht.“

Das Buch von Sarrazin besteht in großen Teilen aus nicht wissenschaftlich belegten Thesen, Halbwahrheiten, Zuspitzungen, Pauschalisierungen und rassistischen Stereotypen, eine sachliche und seriöse Auseinandersetzung mit verschiedenen politischen Themenfeldern sieht anders aus. In den Bereichen der Migrations- und Integrationspolitik wird undifferenziert gegen Einwanderer gehetzt, was die sachliche Diskussion und den sozialen Frieden in der BRD beeinträchtigt. Sarrazin huldigt anthropologisch einem radikalen Utilitarismus, die Sortierung von Menschen in „nützlich“ und „unnütz“ für die bundesrepublikanische Gesellschaft ist ein Fingerzeig für sein zweckrationales menschenverachtendes Weltbild.

Mit seinen abwertenden und undifferenzierten Bemerkungen über den Islam befördert er die antiislamische Strömung in der BRD, die schon in beträchtlichen Teilen der Bevölkerung vorhanden ist.

Viele seiner Thesen werden schon seit Jahren und Jahrzehnten in rechten Publikationsorganen wie der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ und in der „Jungen Freiheit“ kolportiert. Sarrazins „Verdienst“ besteht darin, diese Thesen in einer breiten Öffentlichkeit salonfähig gemacht zu haben.

*Michael Lausberg* ■

1 Der Tagesspiegel vom 30.7.2008
2 Lettre International, Berlinheft vom 30.9.2009
3 Sarrazin, T.: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010, S, 7
4 Ebd., S. 24
5 Ebd., S. 100
6 Ebd., S. 91f
7 Ebd., S. 174
8 Ebd., S. 10
9 Ebd., S. 138
10 Ebd., S. 148
11 Ebd., S: 134
12 Ebd., S. 132
13 Ebd., S. 185
14 Vgl. dazu Nispel, A./Szablewski-Cavus, P.: Über Hürden, über Brücken. Berufliche Weiterbildung mit Migrantinnen und Migranten, Frankfurt/Main 1997; Grünhage-Monetti, M. (Hrsg.) Interkulturellen Kompetenz in der Zuwanderungsgesellschaft, Bielefeld 2006
15 Sarrazin, T.: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010, S. 177
16 Ebd., S. 58
17 Ebd., S. 260
18 Ebd., S. 265
19 Ebd., S. 235
20 Ebd., S. 150
21 Ebd., S. 266f
22 Ebd., S. 370
23 Ebd., S. 259
24 Ebd., S. 308f.
25 Ebd., S. 18
26 Ebd. S. 11

---

➔ „dringend nötige Debatte um Integrationspolitik“ angestoßen hätte. Außerdem müsse man „Das“ ja wohl noch sagen dürfen.

Sarrazin hat kein Tabu gebrochen, ähnliche Bücher mit mehr Fußnoten, kann man seit Jahrzehnten bei einschlägigen Nazi-Verlagen bestellen. Keiner hat ihm das Wort verboten – im Gegenteil, die größten Zeitungen, das Fernsehen, die beliebtesten Talkshows bieten dem Rassisten ein Forum. Und dass man bei parteischädigendem Verhalten oder bei Rufschädigung des Arbeitgebers mit Kündigung rechnen muss, weiß jedes Parteimitglied und jeder Arbeitnehmer. Zumal es bei Sarrazin schon Vorwarnungen genug gab und die SPD sowieso zaudert, weil er ja leider ein chauvinistisches Potenzial in der Partei bedient.

8 Prozent würden eine Eugeniker-Partei à la Sarrazin laut Emnid wählen. Den meisten Zuspruch bekommt er von Anhängern der Linkspartei (29 %) und der Union (17 %). Emnid-Chef Klaus-Peter Schöppner sagte, für diese Befragten sei Sarrazin jemand, „der endlich ausspricht, was viele denken“.

Abgesehen davon, dass das größte Potenzial in absoluten Zahlen also mit Abstand aus dem konservativen Spektrum kommt, ist diese Umfrage ein deutliches Signal an die LINKE sich, auch noch fünf Jahre nach Lafontaines „Fremdarbeiter“-Hetze, Gedanken um rassistische Potenziale in der Partei zu machen. Andererseits zeigt das Emnid-Ergebnis auch, was diverse repräsentative Umfragen seit der Sinusstudie immer wieder feststellen: Es gibt seit Jahrzehnten ein stabiles Potential von 10 – 20 % der Bevölkerung, welches rassistische, autoritäre, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen teilt. In einer FES-Studie von Elmar Brähler und Oliver Decker aus dem Jahr 2006 stimmen 34,9 Prozent der Befragten der Ansicht zu, man solle Ausländer in ihre Heimat zurückschicken, wenn die Arbeitsplätze knapp werden. 39,1 Prozent teilen die Meinung, „dass Deutschland durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet ist“. Diese Aussagen stammen, wie die von ihrem Heilsbringer, aus der Mitte der Gesellschaft, nicht von deren rechtem Rand.

Es ist ein gewisser Trost, dass Thilo Sarrazin dieses Potenzial nicht mit einer Partei oder einer Vereinigung mobilisieren will. Er wolle SPD-Mitglied bleiben und fühle sich im Übrigen zu alt. Das Problem von elitären Populisten wie Sarrazin ist, dass sie einen rassistischen Mob mobilisieren, den sie im tiefsten Inneren verachten. Mit einem SPIEGEL-Leser würde er sich noch an einen Tisch setzen, einen arbeitslosen, übergewichtigen Hauptschulabgänger, der von der NPD zur Sarrazin-Partei wechseln würde, möchte Herr Bundesbanker nämlich lieber ins Arbeitslager stecken, als in seiner Nähe haben. U.a. wegen diesem Widerspruch zwischen Mob und Elite, ist Deutschland, von Ausnahmen wie Schönhuber und Schill abgesehen, bisher von rechtspopulistischen Parteien, wie anderenorts in Europa, verschont geblieben. Und die bestehenden neofaschistischen oder rechtspopulistischen Versuche haben zum Glück bisher weder charismatische Führer hervorgebracht, noch einen funktionierenden Parteiapparat organisieren können. Denn braune Projekte ziehen nun einmal allerlei Gelichter, Karrieristen und Glücksritter an, wie Scheiße die Fliegen.

Sarrazins Gefahr liegt darin, dass er den gesamten Diskurs um Migration und Integration, Leistung und Elite, Solidarität oder Ausgrenzung, Sozialstaat oder gnadenlose Konkurrenz, nach rechts befördert. In dem berüchtigten letzten Kapitel seines Buches deutet Sarrazins dieses an.

Die sich schnell wandelnde Diskussion in Feuilletons, Boulevard und Talkshows lässt befürchten, dass nicht mehr die eindeutige Zurückweisung der eugenischen, rassistischen und elitären Thesen von Sarrazin auf der Agenda stehen, sondern unter dem Stichwort der „Debatte um eine gescheiterte Integration“, auf eine reaktionäre Lösung gesetzt wird. Dass während der lautstarken Debatte um eine angeblich nötige Verschärfung von Migrations-, Integrations-, und Asylpolitik, auch ein weiterer Abbau des Sozial- und Bildungswesens vorangeht, dass der Zwang zur Arbeit um jeden Preis, der Kampf Aller gegen Alle und die Spaltung in Arm und Reich zunehmen.

Die Gefahr liegt also nicht primär in der Person Sarrazin und einer rechtspopulistischen Partei, sondern in der Rechtsentwicklung aller Parteien.

*Felix Krebs* ■

# „Geigentöne statt Kriegsgedröhne“

## Konzert der Gruppe Lebenslaute auf dem Truppenübungsplatz Altmark

Am 5. September gegen 12 Uhr betraten etwa 60 MusikerInnen der Gruppe Lebenslaute den Truppenübungsplatz Altmark in der Colbitz-Letzlinger Heide (Sachsen-Anhalt), um mit einem klassischen Konzert ein Zeichen des Protests gegen deren militärische Nutzung zu setzen. Gemeinsam mit ihnen drangen 100 AktivistInnen der Bürgerinitiative OFFENe HEIDe, UnterstützerInnen und ZuhörerInnen in das militärische Sperrgebiet ein. Dazu der Pressesprecher der Aktion, Hans Christoph Stoodt: „Mit unserer Aktion wollen wir klarmachen, dass wir für eine ausschließlich zivile und friedliche Nutzung der Heide eintreten: als Ort der Erholung und der Begegnung, aber auch als Schutzraum für die Natur, nicht zuletzt für die kostbaren Trinkwasserreserven, die unter ihrer Oberfläche lagern.

Mit unserem Konzert unterbrechen wir für einige Stunden das tödliche Geschäft der Bundeswehr, die hier ein vom Rüstungskonzern Rheinmetall betriebenes Gefechtsübungszentrum unterhält. Aktuell werden hier SoldatInnen für ihre tödlichen Aktivitäten bei Auslandseinsätzen gedrillt. Wir lehnen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr ab und fordern ihre Beendigung ebenso wie jede Form der sogenannten Zivil-Militärischen Zusammenarbeit, in deren Rahmen die Bundeswehr in immer größeren Bereichen der sogenannten Inneren Sicherheit eingesetzt wird. Wir brauchen die Bundeswehr weder im Ausland noch im Inland und fordern deshalb ihre Abschaffung. Unsere Gesellschaft benötigt die von der Bundeswehr verschwendeten Ressourcen an Arbeit, Raum und Mitteln für friedliche und zivile Zwecke. ... Wir wollen die Grenzen des militärischen Sperrgebiets nicht nur für einige Stunden ignorieren, sondern ermutigen alle Menschen, dies auch künftig immer wieder zu tun, um sich die Heide zurückzuholen und sie so wieder zu einem Ort der Begegnung und des Friedens zu machen.“ *Pressemitteilung „Lebenslaute“, Colbitz, 5. September 2010, http://www.lebenslaute.net http://www.offeneheide.de* ■



## Mutlu Ergün: „Kara Günlük – Die geheimen Tagebücher des Sesperado“

**Lesung mit Videoclips, Musik und Rap am 13.10.2010 um 20 Uhr in der Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, Hamburg**
**Eintritt 3 Euro**

Hervorgegangen ist der Roman aus der Lesereihe „tausend worte tief“ (2004-2006), die Autor_innen und Musiker_innen of Color eine Plattform für ihre Kunst bot und der Edutainment Attacke ! mit Noah Sow („Deutschland Schwarz Weiss“). Das Buch funktioniert in Form eines Bildungsromans, als unterhaltsame Nachhilfe zu der Frage „Was ist Rassismus überhaupt ?“. Es geht um Selbstermächtigung, z.B., verschiedene Antwortmöglichkeiten auf die Frage „ Wo kommst du her?“).Es ist erschienen im Unrast-Verlag.

Mutlu Ergün zeigt, wie fundamental wichtiges Grundlagenwissen aus dem akademischen Umfeld ins Populäre überführt werden kann. Sesperado zählt die Tage bis zur Revolution of Color (R.O.C) , und die Leser_in folgt ihm durch Berlin, lernt seine wunderbare Familie, und deren Freund_innen kennen und nimmt an den verschiedensten Aktionen teil, um der R.O.C. näher zu kommen. Und natürlich alles im lyrical guerilla stil. Schnell, laut und sehr amüsant, wie der Mehrheitsgesellschaft ganz wunderbar auf die Füße getreten wird. Zur Zeit lebt und arbeitet Mutlu Ergün in London. ■

## Vor 56 Jahren: Pariser Verträge ermöglichen NATO-Beitritt und Wiederbewaffnung

### Adenauer und Dulles machen sich Gedanken, wie Frankreich zum Einlenken gepresst werden könnte

Gemeinhin gilt das deutsch-französische Verhältnis als besonders intensiv und vertrauensvoll, als Grundstock der „europäischen Einigung". Als am 30. August 1954 die französische Nationalversammlung die Ratifizierung der Verträge zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ablehnte und damit sowohl die Integration Westdeutschlands in den westlichen Militärblock als auch die Wiederaufrüstung der BRD vorerst gestoppt worden waren, traten scharfe Risse in diesem Verhältnis zutage. Jetzt galt es Frankreich zu „bearbeiten" – ganz unfreundschaftlich, denn das Ziel einer militärischen Integration sollte unbedingt erreicht werden. Konrad Adenauer in seinen Memoiren:

„Ich traf noch am gleichen Tage [16.9.1954] mit [US-Außenminister John Foster] Dulles zu ausführlichen Beratungen zusammen. Zu Beginn des Gespräches wies Dulles darauf hin, daß sich Amerika Frankreich gegenüber in einer ‚heiklen Lage' befände. Man müsse einen gewissen Druck ausüben, doch dürfe dieser Druck nicht zu stark werden, damit nicht Frankreich mit Rußland zusammengehe. Wie könne man aber dies erreichen und jenes verhindern?

Die Vereinigten Staaten hätten bisher Frankreich wirtschaftlich sehr stark unterstützt, ebenso die Kriegführung in Indochina. Ein gewisser Druck ließe sich vielleicht am besten auf wirtschaftlichem Gebiet ausüben. Hierzu bestünden verschiedene Möglichkeiten, die er nannte.

Ich stellte fest, daß [der französische Ministerpräsident und Außenminister Pierre] Mendès-France derartige Maßnahmen selbstverständlich am besten verstehen werde, da sein erstes Ziel sei, die französische Wirtschaft zu stärken. Hierbei sei er auf Amerika angewiesen. Man müsse den Hahn etwas zudrehen, dürfe ihn jedoch nicht abstellen. Frankreich dürfe nicht denken, daß die Abstimmung in der Nationalversammlung ohne Folgen bliebe. Es müsse zu der Überzeugung gelangen, daß die Vereinigten Staaten es ernst meinten. Mendès-France habe nämlich vor verschiedenen Ausschüssen der Nationalversammlung erklärt, die Vereinigten Staaten drohten nur, würden aber ihre Drohungen nie in die Tat umsetzen." (S. 309)

Der Druck zeigte Wirkung; bereits am 23. Oktober des gleichen Jahres wurden die Pariser Verträge unterzeichnet, die die Umwandlung des Brüsseler Vertrags in die Westeuropäische Union (WEU) unter BRD-Beteiligung, den westdeutschen NATO-Beitritt und die Wiederbewaffnung brachten. Westdeutschland war nunmehr fester Bestandteil des antisowjetischen Blocks. Adenauer hatte seinen Willen bekommen und das deutsch-französische Verhältnis war wieder ein „gutes und wertvolles" (S. 327). So geht's zu – unter Freunden!

*F* ■

(Konrad Adenauer: Erinnerungen, 1953-1955, Stuttgart 1966)

# „Kein Werben fürs Töten und Sterben“

Bonn. Gemeinsam mit Friedensinitiativen, Jugendgruppen und Organisationen protestierte die VVN-BdA unter dem Motto „Kein Werben fürs Töten und Sterben“ mit einem Dauerinfostand gegen das Auftreten der Bundeswehr mit ihren so genannten „Karriere-Treffs“ an Schulen und im öffentlichen Raum.

Bei einer zweistündigen Auftaktkundgebung, moderiert von Manni Stenner von der Friedenskooperative Bonn und einer Vertreterin der Bonner Jugendbewegung, wurde noch einmal darauf hingewiesen, wie die Bundeswehr mit irreführender Werbung in Form einer „bunten Erlebniswelt“ versucht, junge Menschen zu einer Ausbildung für den „Kriegseinsatz“ zu überzeugen, ohne das Resultat von Kampfeinsätzen in Form von Zerstörung, Verstümmelung, Leid und Tod zu erwähnen. Wie den folgenden Redebeiträgen zu entnehmen war, gibt es viele Gründe, die hinter einer solchen Vorgehensweise der Bundeswehr stecken. Gerade in einer Friedens- und UN-Stadt, als die sich Bonn gerne bezeichnet, muss solchen Methoden entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden.







Markus Groß von der Kölner Initiative „Bundeswehr wegtreten!“ wies noch einmal auf den Jahrestag des Massakers in Kundus hin, bei dem bis zu 142 Menschen starben und das dem damals verantwortlichen Befehlshaber Oberst Klein bis heute keine rechtlichen Konsequenzen drohen. Hauptleidtragend sei die afghanische Zivilbevölkerung, aber auch zunehmend deutsche Soldaten, die Opfer der Kriegshandlungen werden.

Die jetzigen Anwerbemethoden wurden erst durch den 2008 von der schwarz/gelben Regierung geschlossenen Kooperationsvertrag zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Wehrbereichskommando der Bundeswehr möglich. Daher fordert „Bundeswehr wegtreten“ den Kooperationsvertrag umgehend aufzukündigen.

Paul Schäfer, MdB Die Linke und Mitglied im Verteidigungsausschuss kritisierte in seiner Rede die Beteiligung der Bundeswehr an Militäreinsätzen wie in Afghanistan. Je mehr Soldaten nach Afghanistan geschickt werden, desto mehr Gewalt wird damit produziert. Die Truppen abziehen, sei der einzige Weg dem zu entgehen. Doch stattdessen soll durch Personaleinsparungen die Bundeswehr schlagkräftiger und effizienter gemacht werden, um auch in Zukunft die deutschen Interessen im Ausland zu vertreten. Das es hierbei aber hauptsächlich um die Sicherung der Zugänge zu den Ölvorkommen und den damit verbundenen wirtschaftlichen Interessen geht, wird von der Bundeswehr natürlich nicht erwähnt.

Dass die Stadt Bonn gerade jetzt den Beschluss gefasst hat, einem 350 Mio. Euro teuren Einsatzgruppenversorger Namenspate zu stehen, kritisierte Hannelore Tölke, Stadtverordnete DIE LINKE. So mische sich militärische Außenpolitik auch in die Kommunalpolitik. Für diese 350 Mio. Euro hätten Kindergärten, Schulen und Studentenwohnheime gebaut bzw. renoviert werden können. Stattdessen wird mit humanitären Aufträgen der Einsatz des Einsatzgruppenversorgers begründet. Dass dieser allerdings in einem Flottenverbund für die Versorgung der Kriegsflotten zuständig ist, bleibt unerwähnt.

Derzeit finden, außer in Afghanistan, weitere NATO-Militäreinsätze im Mittleren Osten und am Rand von Afrika statt. Diese Gelder sollten besser für ein Greenpeace Schiff oder für die Unterstützung von Flüchtlingsschiffen eingesetzt werden, so Hannelore Tölke. Eine Friedens- und UN-Stadt wie Bonn kann nicht Pate stehen für ein Kriegsschiff.

Die Bonner Pax Christi Gruppe mit ihrem Redner Martin Singer forderte, die Bundeswehr dürfe nicht für den Schutz deutscher Wirtschaftsinteressen mit Waffengewalt eingesetzt werden. Es gelte Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen, politische Alternativen müssten ausgearbeitet werden. Nur durch den Abzug des Militärs könne ein Friede von Innen in Afghanistan entstehen. Zusammen mit der 3. Welt und den Ökologiebewegungen müssten Lösungsansätze erarbeitet werden.

Die militärische Sicherstellung der Handels- und Rohstoffrouten wurden auch von der Bonner Jugendbewegung scharf kritisiert. In ihrem Beitrag verwies sie auf den 2006 gefassten Beschluss zwischen CDU und SPD im so genannten „Weißbuch der Bundeswehr“ die Aufrechterhaltung der „Rohstoff- und Warenströme“ zu sichern und auch „in geographisch weit entfernte Regionen [...]bewaffnete Einsätze“ zu führen. Die Bundeswehr nutze gezielt die Zukunftsängste vieler Jugendlicher aus. Viele hätten nach ihrem Abschluss keinen Ausbildungsplatz oder nicht genug Geld für ein Studium. Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland steige stetig an. Das Versprechen einer guten Ausbildung und Aufstiegschancen auf der „Karriereleiter“ der Bundeswehr knüpfe genau an diese Ängste junger Menschen an. Daher fordert die Bonner Jugendbewegung „Bundeswehr raus aus Afghanistan und raus aus Schulen, Jobcentern, Arbeitsämtern und Berufsmessen.“

Musikalisch wurde die Kundgebung durch den lautstarken Einsatz einer „Samba-Truppe“ und von der Kölner Liedermacherin „Blue Flower“, die mit themenbezogenen Liedern zum Nachdenken anregte, unterstützt.

Im Laufe des Tages konnte das Bündnis immer wieder mit kreativen Einzelaktionen wie z. B. mit Großpuppen und Riesentransparenten zum „wegschirmen“ der Trucks auf sich aufmerksam machen und damit viele Passanten zu einer kritischen Betrachtung der Situation bewegen. Ein allzu großer Zustrom von Interessenten am Bundeswehr-Truck konnte so verhindert werden. Einzig die von den Schulen und Berufsschulen in Bussen „rangekarrten“ Klassen blieb die Indoktrinierung der Bundeswehr nicht erspart.

Regen Zuspruch bekam das Bündnis von vielen Passanten, die sich an dem Infostand mit Informationsmaterial versorgten und die Protestaktionen mit Beifall belohnten.

Abschließend sei noch bemerkt, dass das Werben der Bundeswehr unter Jugendlichen und das Rekrutieren unter 17 Jahren gegen die UN-Kinderrechtskonvention verstößt und somit eigentlich illegal ist. *mib* ■

## Soziales Existenzminimum nur für Deutsche?

Das Bundesverfassungsgericht hat die Hartz IV-Sätze zu Jahresbeginn für verfassungswidrig erklärt. Die Berechnungsmethode sei willkürlich. Was viele nicht wissen: Die soziale Unterstützung für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge liegt noch weit unter den Hartz IV-Sätzen. Die Sätze wurden seit Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1993 nicht einmal der Inflationsrate angepasst. Die soziale Kälte gegen Flüchtlinge nähert sich dem Gefrierpunkt. PRO ASYL erwartet, dass das Bundesverfassungsgericht erneut einschreiten wird. Am 26.7.2010 wurde es vom Landessozialgericht NRW in dieser Frage angerufen. Wenn schon Hartz IV verfassungswidrig ist, dann ist dies das Asylbewerberleistungsgesetz erst Recht.

*Quelle: PRO ASYL Info Sept. 2010* ■

## UN-Kinderrechtskonvention gilt nicht für Flüchtlingskinder in Niedersachsen

HANNOVER. Die vom Bundeskabinett beschlossene Rücknahme des deutschen Vorbehalts gegen die UN-Kinderrechtskonvention droht nach Ansicht der flüchtlingspolitischen Sprecherin der Landtagsgrünen Filiz Polat in Niedersachsen „zur Farce“ zu werden. Besonders dramatisch sei die Situation unbegleiteter Minderjähriger zwischen 16 und 18 Jahren, die im Asylrecht wie Erwachsene behandelt werden. „Nach wie vor werden zum Beispiel in Niedersachsen minderjährige Flüchtlinge in Abschiebehaft genommen“, kritisierte die Grünen-Politikerin und forderte, dass das Kindeswohl grundsätzlich Vorrang vor ausländerrechtlichen Aspekten haben müsse. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Politikerin habe die Landesregierung mitgeteilt, sie sehe in der Entscheidung der Bundesregierung keine konkreten, verbindlichen Rechtsfolgen für Niedersachsen. „Einmal mehr stellt sich das Innenministerium quer und verweigert Flüchtlingen die elementarsten Rechte, obwohl die Bundesjustizministerin die Länder aufgefordert hat, ihre Praxis zu überprüfen“, kritisierte Polat. „Die UN-Kinderrechtskonvention muss für alle Kinder gelten – auch für Flüchtlinge.“

Deutschland war 1990 eines der ersten Länder, das die UN-Konvention unterschrieben hat. Die Unterzeichnung erfolgte jedoch unter Vorbehalt, wonach die Konvention für ausländische Kinder und Jugendliche in Deutschland nur eingeschränkt gilt. Dieser Vorbehalt wurde im Mai diesen Jahres zurückgenommen.

*PM BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag, 26.8.2010* ■

## Keine größere Bewegungsfreiheit für Thüringer Asylbewerber

ERFURT. Die so genannte Residenzpflicht schreibt Asylbewerbern in Thüringen vor, den Landkreis nicht zu verlassen, in dem die zuständige Ausländerbehörde ihren Sitz hat. Dagegen laufen Flüchtlingsorganisationen schon lange Sturm, doch zu einer Abschaffung haben sich Union und SPD nicht durchringen können.

Der Landtag lehnte es am Freitag mit den Stimmen der Regierungsfraktionen ab, die Residenzpflicht abzuschaffen. Eine generelle Aufhebung würde gegen Bundesrecht verstoßen, argumentierte Innenminister Peter Huber (CDU). Er verwies auf die Pläne der Landesregierung, die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge räumlich auszuweiten. Eine entsprechende Verordnung werde im Oktober in Kraft treten.

Huber unterstrich, durch die Residenzpflicht sei sichergestellt, dass die Betroffenen erreichbar sind und das Asylverfahren durchgeführt werden könne. Die Oppositionsparteien, Flüchtlingsverbände und die Kirchen hatten die Ausweitung der Bewegungsfreiheit auf ganz Thüringen gefordert.

Die Grünen-Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich kritisierte die Residenzpflicht als eine „Einschränkung der Grundrechte“ der Flüchtlinge. Die Pläne der Landesregierung gingen nicht weit genug und bedeuteten lediglich eine „willkürliche Festlegung“ größerer Residenzbezirke. Es gehe um das „Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit“. Thüringen sei ohnehin ein „sehr überschaubares Land“, fügte sie hinzu. Die Integrationsexpertin der Linken, Sabine Berninger, warf der CDU Diskriminierung per Gesetz vor. Auch für Asylsuchende in Thüringen müssten Grund- und Menschenrechte gelten.

Die SPD-Abgeordnete Birgit Pelke bezeichnete die Pläne der Landesregierung als einen „Schritt in die Richtung, in die wir gehen wollen“. Eine Ausweitung auf ganz Thüringen, wie sie die SPD befürworte, sei mit dem Koalitionspartner CDU aber nicht durchsetzbar.

*Quelle: Thüringer Allgemeine vom 10.09.10, THE VOICE Refugee Forum Jena* ■

## Appell an Innenministerkonferenz: Keine Abschiebungen in den Kosovo

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat zu einem Vorbereitungstreffen zum 21.9. in Hannover eingeladen, um einen gemeinsamen Appell an die Innenministerkonferenz (IMK) zu besprechen, der von möglichst vielen Initiativen und Organisationen in Niedersachsen unterzeichnet werden soll. Der Text des Appells lautet:

**Bleiberecht für alle Minderheitenangehörige aus dem Kosovo jetzt! Abschiebungen ins Elend stoppen**

Am 18. und 19. November tagt die Innenministerkonferenz (IMK) in Hamburg. Dort könnten die Innenminister beschließen, den zumeist seit über 10 Jahren in der Bundesrepublik lebenden Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter/innen aus dem Kosovo ein Bleiberecht zu gewähren, wenn sie nur wollten...

In den kommenden Jahren sollen rund 13.000 Menschen in den Kosovo abgeschoben werden – so wollen es die deutschen Innenminister. Die neue kosovarische Regierung hat sich unter politischem Druck aus Deutschland und anderen EU-Staaten zur Wiederaufnahme von Roma und anderen Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo bereit erklärt. Im so genannten Rückführungsabkommen wurde vereinbart jährlich bis zu 2500 Menschen aus Deutschland abzuschieben – mit den Massenabschiebungen wurde bereits begonnen!

Nach dem Kosovokrieg 1999 wurden unter den Augen untätiger KFOR Soldaten etwa 120.000 Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter/innen durch kosovo-albanische Nationalist/innen aus dem Kosovo vertrieben; Menschen wurden vergewaltigt und ermordet, Häuser zerstört, Straßenzüge, ganze Stadtteile wurden geplündert, gebrandschatzt und niedergerissen. Kein/e einzige/r Täter/in stand dafür bis jetzt vor Gericht, kein Regierungsmitglied hat sich dafür wenigstens entschuldigt, geschweige denn „Wiedergutmachungszahlungen“ geleistet.

Angehörige der damals vertriebenen und geflohenen Menschen, die zum größten Teil Roma sind, werden im Kosovo weiterhin massiv diskriminiert: Nachdem Roma im Vorkriegskosovo verhältnismäßig gut situiert waren, sind heutige Roma-Enklaven Slums ohne Wasser- und Stromversorgung. Für Roma liegt die Erwerbslosigkeit bei über 90 Prozent und zur alltäglichen Diskriminierung kommen der faktische Ausschluss von sozialen Sicherungssystemen und ärztlicher Behandlung. Tätliche und verbale Angriffe führen dazu, dass sich Minderheitenangehörige in einigen Gemeinden nicht frei bewegen können.

Der UNHCR, Pro Asyl, Unicef, der Menschenrechtskommissar des Europarats und viele andere fordern aufgrund dieser Situation Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten in den Kosovo sofort zu stoppen. Die Bundesrepublik ignoriert diese Forderungen und treibt so Tausende von Menschen ins Elend. Deutschland trägt die Verantwortung für die Ermordung von 500.000 europäischen Sinti und Roma während des Nationalsozialismus. Es ist unerträglich, dass deut-

sche Behörden wieder Roma erfassen, verfolgen und ausgrenzen!

Wir fordern die IMK auf dieser menschenverachtenden Politik ein Ende zu setzen und ein sofortiges Bleiberecht für geduldete Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter/innen aus dem Kosovo zu beschließen! Wir fordern ein Leben in Sicherheit und Würde für alle Menschen!

*Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.* ■

## Deutscher Staatsbürger in Syrien inhaftiert

Der deutsche Staatsbürger Ismail Abdi, geb. 1.1.1960 in Jagir Basar, wohnhaft in Kiel, wurde am 23.8.2010 bei der Ausreise am Flughafen in Aleppo von den syrischen Sicherheitsbeamten festgenommen. Ismail Abdi ist ein Menschenrechtsaktivist in Deutschland und setzt sich seit Jahren für die Wahrung der Menschenrechte und mehr Demokratie in Syrien ein. Er ist der Vorsitzende der CDF (Komitee zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten und der Menschenrechte in Syrien) Zweigstelle Deutschland und kooperierte mit weiteren Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland. Er lebt seit ca. 13 Jahren mit seiner Ehefrau und vier Kindern in Deutschland. Die Familie hat sich rasch integriert. Seine älteste Tochter studiert und erhält ein Studienstipendium der Heinrich-Böll-Stiftung. Sein Sohn steht kurz vor dem Abitur. Die jüngeren Töchter besuchen die Grundschule. Seit dem Zeitpunkt seiner Festnahme liegen keinen Informationen über seinen Aufenthaltsort und Zustand vor. Seiner Familie ist es ebenfalls nicht möglich, Kontakt aufzunehmen. Der gesundheitliche Zustand von Herrn Abdis ist nicht stabil. Er leidet an starkem Asthma, Migräne und Magenproblemen. Die entsprechenden Medikamente führt er nicht mit sich.

Es ist bekannt, dass die syrische Regierung Misshandlung und Folter gegenüber politischen Gefangenen nicht scheut und alle erdenkbaren Mittel einsetzt, um physischen und psychischen Schaden bei den Dissidenten anzurichten.

*Farah Abdi Kiel, 10.9.2010, Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen* ■

## Anklageerhebung gegen Dogan Akhanli zugelassen

KÖLN. Kafkaeske Ausmaße nehmen die Anstrengungen der Istanbuler Justizbehörden an, den Menschenrechtler und Schriftsteller Dogan Akhanli weiterhin in Haft zu halten: Jetzt soll ihm tatsächlich der Prozess gemacht werden. Die 11. Große Strafkammer des Strafgerichts Istanbul hat am 6.9.2010 die Anklage zur Verhandlung zugelassen. Ein Verhandlungstermin wurde jedoch noch nicht angesetzt. In gewohnt schnoddriger Manier breitet Staatsanwalt Hüseyin Ayar auf drei dürftigen Seiten seine Argumente aus, mit denen er Dogan Akhanli weiterhin den Überfall auf eine Geldwechselstube im Oktober 1989 in die Schuhe schieben will, ihn darüber hinaus sogar zum Kopf der damaligen Gangstertruppe machen und ihn schließlich zum Führer eines Komplotts zum Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung der Türkei erheben möchte. Die entlastenden Aussagen der beiden einzigen Zeugen für die staatsanwaltlichen Beschuldigungen vom August 2010 wischt der Staatsanwalt mit dem Hinweis zur Seite, ihre früheren, belastenden Aussagen von 1992 seien tatnäher und deshalb glaubwürdiger. Die Einlassung des ersten Zeugen, er habe seine damalige Aussage unter Folter gemacht und die Aussage des zweiten Zeugen, seine frühere Aussage sei ihm untergeschoben worden, erörtert Staatsanwalt Ayar gar nicht erst. Uninteressant ist für ihn offensichtlich auch, dass die Organisation, in der Dogan Akhanli in den 80er Jahren Mitglied gewesen ist, vom Obersten Gerichtshof bereits 1994 als nicht verfolgungsrelevant eingestuft wurde und ihre Mitglieder von Vorwürfen freigesprochen wurden, sie hätten einen Umsturz geplant.

Wir hoffen, dass das absurde Schauspiel, das hier veranstaltet wird, nun umgehend zur Aufführung gebracht wird und die Inszenierung der Staatsanwaltschaft schon am ersten öffentlichen Prozesstermin mit der mündlichen Einvernahme der Zeugen platzt. Die internationale Beobachtung des Prozesses wird jedenfalls gewährleistet sein.

*recherche international e.v.*
*Hintergründe und Adressen unter:*
*http://www.das-kulturforum.de* ■

### Abschiebepolitik & Ausbürgerungspläne (Teil II):

# Frankreichs reaktionärste Regierung seit 1944 in Aktion

Es passiert nicht alle Tage, dass die KP-nahe französische Zeitung ‚L'Humanité' und die ‚Financial Times Deutschland' (FTD) einen Sachverhalt bis in den Wortlaut hinein identisch bewerten. Am vergangenen Freitag und Samstag jedoch waren sie sich einig: „Beim Lügen auf frischer Tat ertappt" worden sei Nicolas Sarkozy, befanden beide Blätter. „Wie ein kleiner Junge" stehe der Präsident in dieser Situation nun da, fügte die FTD hinzu. Der französische Präsident hatte zuvor die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel als Kronzeugin für seine Politik zu vereinnahmen versucht. Angesichts einer Unterredung am Rande eines Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs – am Donnerstag, den 16. September in Brüssel – habe Merkel ihm gegenüber versichert, sie wolle seine Politik in Sachen Räumung von Roma-Siedlungen und Abschiebungen nach Südosteuropa „in einigen Wochen" nachahmen. Dies stimme überhaupt nicht, die beiden hätten vielmehr nie unter vier Augen über dieses Thema gesprochen, verlautbarte es nur eine Stunde später aus dem Munde des deutschen Regierungssprechers in Berlin. Außenminister Guido Westerwelle sprach von einem möglichen „Missverständnis". Sogar sein französischer Amtskollege, Sarkozys Untergebener Bernard Kouchner, ließ ihn im Stich: Er habe „keinerlei Kenntnis" von einer Unterredung solchen Inhalts, verlautbarte dieser.

Angesichts der Angriffe, denen Frankreichs einseitige Abschiebepolitik gegen EU-Bürger beim EU-Gipfel am vorigen Donnerstag ausgesetzt war, suchte Sarkozy Hände ringend nach Verbündeten. Solche fand er vorläufig nur bei Silvio Berlusconi und seinen rechtsextremen Koalitionspartnern von der italienischen Lega Nord. Aber auch bei Teilen der tschechischen Regierung, aus der in den letzten Wochen jedoch sehr widersprüchliche Äußerungen kamen: Premierminister Petr Necas verteidigte am Donnerstag, von Brüssel aus, das „Recht" Frankreichs auf Abschiebungen von Roma – um „seine Gesetze durchzusetzen" – im tschechischen Fernsehen. Hingegen hatte Außenminister Karel Schwarzenberg diese am 28. August in Prag als Verstoß gegen EU-Recht bewertet und energisch verurteilt.

**Kritik von der EU-Kommission**

Die massenhaften Ausweisungen aus Frankreich, deren Rhythmus sich seit Ende Juli stark beschleunigt hat und die auch jetzt bruchlos fortgesetzt werden, betreffen insbesondere Roma aus Bulgarien und Rumänien. Aber inzwischen hat sich herausgestellt, dass es – wohl versehentlich – auch andere bulgarische Staatsbürger traf. Die ersten dreizehn Flugzeuginsassen, die Anfang August in Richtung Sofia geschickt wurden, waren jedenfalls keine Roma, sondern gehörten einer anderen Minderheit an: den bulgarischen Türken (oder „Pomaken").

Die Tatsache, dass es sich um Staatsangehörige von EU-Mitgliedsländern handelt, rief zu Anfang letzter Woche die EU-Kommission in Brüssel auf den Plan. In ihrem Namen kündigte die europäische Kommissarin für Justizwesen und Bürgerrechte, die luxemburgische Staatsbürgerin Viviane Reding, am 14. September die Einleitung eines Verfahrens gegen Frankreich wegen Verletzung der EU-Verträge

an. Wenn Frankreich seine Politik nicht korrigiert – und danach sieht es nicht aus -, wird die Kommission die Angelegenheit vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg bringen. Verurteilt dieser Frankreich, so droht dessen Regierung eine empfindliche Geldbuße. Bei einer Zuspitzung des Konflikts könnten sogar Frankreichs Stimmrechte in EU-Gremien zeitweilig ausgesetzt werden. Inzwischen zeigt die Europäische Kommission sich jedoch bestrebt, den Streit eine Stufe tiefer zu hängen. Sie will nunFrankreich nicht länger wegen „Rassendiskriminierung" verfolgen, sondern nur noch wegen „schlechter Umsetzung" einer EU-Richtlinie von 2004 zur Freizügigkeit. Und ein solches Verfahren wird gegen zwanzig Staaten gleichzeitig eingeleitet. Frankreich gerät dadurch zumindest symbolisch ein wenig aus der Schusslinie.

Zwei Tage zuvor hatte die EU-Kommissarin Viviane Reding sich auf einer Pressekonferenz noch sehr heftig geäußert. Als „eine Schande" bezeichnete sie die französische Politik dort, und fügte aufgebracht hinzu: „Enough is enough!" Allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer „ethnischen Minderheit" würden Menschen von französischem Boden ausgewiesen, erklärte Reding; und sie habe gedacht, eine solche Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nie wieder erleben zu müssen.

Nicolas Sarkozy forderte die EU-Kommissarin daraufhin am Mittwoch (15. September) dazu auf, sie möge doch lieber bei sich zu Hause, „in Luxemburg", nach einer Bleibe suchende „Roma aufnehmen". Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn bezeichnete daraufhin Sarkozys Replik als „böswillig".

Einen ähnlichen Vorschlag hatte Ende August der rechtsextreme Politiker Bruno Gollnisch, Vizevorsitzender des Front National (FN), an den Papst gerichtet. Infolge seiner – kryptisch formulierten, aber dennoch deutlichen – Kritik an der französischen Abschiebepolitik forderte Gollnisch damals Benedikt den XVI. dazu auf, die Roma „bei sich im Vatikan aufzunehmen". Im Umfeld seiner Partei, die viele Ultrakatholiken in ihren Reihen zählt, stieß es allerdings auf Kritik, dass der Anwärter auf den Parteivorsitz des FN ausgerechnet den Papst auf diese Weise angriff. Das argumentative Grundmuster – „Wer nichts gegen Einwanderer hat, möge gefälligst sein eigenes Haus dafür hergeben" – ist unter Rechtsextremen jedoch altbekannt.

### Aufrichtige Empörung und falscher Nazi-Vergleich

Aus Viviane Redings Äußerungen sprach echte, aufrichtige Empörung. Denn die französische Politik schien ihr gegen Regeln zu verstoßen, die bei Protagonisten der europäischen Integrationspolitik sicherlich als fundamental gelten und Bestandteil ihrer Grundüberzeugungen geworden sind.

Die 1957 durch die Römischen Verträge eingerichtete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), später die Europäische Gemeinschaft und inzwischen die EU beruhen im Kern auf einem Bündel von Grundregeln. Zu ihnen zählt die Freizügigkeit für die Angehörigen von Mitgliedsländern – jedoch keineswegs für Einwanderer aus „Drittstaaten", die Regelungen zur Abschiebung von außereuropäischen Unerwünschten werden derzeit auf EU-Ebene vereinheitlicht – sowie die Ablehnung von Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit. Ein Verstoß gegen diese Grundprinzipien muss einer Repräsentantin der EU geradezu als Häresie vorkommen.

Die Gründe dafür liegen in der historischen Genese und im Charakter des europäischen Aufbauprojekts. Einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg entstand dieses zwar auch dezidiert als Schutz- und Trutzbündnis gegen Außenstehende, Dritte: gegen die Ausbreitung „des Kommunismus" im Osten, aber auch, damit die seit 1945 geschwächten europäischen Mächte dem „Schock" der Entkolonisierungwelle besser standhalten konnten. Das Versprechen auf Frieden, das stets als einer der Grundsätze der europäischen „Einigung" gefeiert wurde, war insofern auch verlogen – weltpolitisch betrachtet. Jedoch gehört das Versprechen, zur Aussöhnung von Nationen zu führen, die lange Perioden hindurch miteinander verfeindet waren und gegeneinander Krieg führten, jedenfalls im Kreis der Mitgliedsländer zu den wichtigsten Grundsätzen. Der Glaube daran strahlte auch in die Gesellschaft hinein aus und prägte die Mentalität von ganzen Generationen mit. Auch für einige der Menschen, die innerhalb der EU-Institutionen Karriere machten, dürfte er eine Antriebsfeder bilden. Hinzu kommt für eine luxemburgische Staatsbürgerin sicherlich eine besonders starke Identifikation mit der europäischen Integration – ihr Herkunftsland, das zuletzt durch Nazideutschland besetzt worden war, könnte sich in einer Welt konkurrierender Nationalstaaten wohl kaum behaupten.

Hinzu kommt, dass die frühere EWG und jetzige Europäische Union von Anfang an vor allem um einen gemeinsamen Markt herum konstruiert worden ist, und nicht etwa um politische Vorhaben. Der freie Waren- und Kapitalverkehr zuzüglich der freien Zirkulation der Arbeitskräfte sollten die europäische Integration gewährleisten, und nicht ein politisches Programm, um das grenzüberschreitend gestritten worden wäre. Um einen offenen Markt zwischen ehemals konkurrierenden Nationalstaaten – noch dazu mit erheblichem Wohlstandsgefälle, wie es schon 1957 etwa zwischen Westdeutschland und Süditalien bestand – funktionieren zu lassen, muss jedoch die Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit ausgeschaltet oder zurückgedrängt werden. Dies gilt für Anbieter von Dienstleistungen ebenso wie für Lohnabhängige auf der Suche nach Arbeit. Sonst kann ein gemeinsamer Binnenmarkt nicht als funktionstüchtig gelten.

**KORREKTUR:**
Durch eine technische Panne wurde im Teil 1 dieses Artikels – in der letzten Ausgabe – der Schlusssatz abgeschnitten. Hier kommt er:
Diese Politik hat zu heftigen Protesten im Inland wie auf internationaler Ebene geführt. Auch wenn Innenminister Brice Hortefeux Mitte August 10 noch gegenüber ‚Le Monde' höhnte, hier protestiere nur ein ganz „kleines Milieu von Politaktivisten und Medienleuten", das sei die gutmenschelnde „ Linke der Milliardäre", so hat die Opposition gegen diese Politik doch längst überraschend breite Kreise gezogen. Auch in das katholische Milieu hinein und selbst bis in den gemäßigten Teil des bürgerlichen Lagers.

Die seit Ende Juli mit lautem Getöse eingeläutete Offensive Nicolas Sarkozys gegenüber rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen kehrt diesen Prinzipien erkennbar den Rücken. Zumal die Welle von Ausweisungen und, durch polizeilichen Druck erzwungenen, „freiwilligen" Ausreisen tatsächlich auf eine Logik der Kollektivbestrafung einer so genannten ethnischen Gruppe zurückzuführen ist. Mitte Juli dieses Jahres hatten „Landfahrer" (Gens du voyage), die französische Staatsbürger sind, in dem zentralfranzösischen Dorf Saint-Aignan eine Gendarmeriestation demoliert. Zuvor hatte ein Beamter einen 21-Jährigen aus ihrer Bevölkerungsgruppe erschossen. Angeblich aus Notwehr – aber an diese These glaubt offenkundig auch die Justiz nicht, die Anfang September ankündigte, ein Strafverfahren gegen den Todesschützen einzuleiten. Aufgrund der Vorfälle von Saint-Aignan holte Nicolas Sarkozy wenige Tage später zum Rundumschlag gegen so genannte Zigeuner aus. Und mischte dabei von Anfang an zwei Bevölkerungsgruppen zusammen, die er für Kriminalität verantwortlich machte, die jedoch untereinander – mit Ausnahme einer mehrere Jahrhunderte zurückliegenden Abstammung, und teilweise kulturellen Elementen – nichts miteinander gemeinsam haben. Auf der einen Seite stehen die ‚Gens du voyage', eine Bevölkerungsgruppe, die seit dem 15. Jahrhundert in Frankreich lebt. Auf der anderen die Roma, die seit nunmehr circa zwanzig Jahren aus Südosteuropa zuzuwandern begannen. Beide Gruppen wurden in einen Topf gesteckt, und auf einem spektakulär inszenierten Gipfeltreffen, das am 28. Juli im Elysée-Palast stattfand, wurde ein schärferes staatliches Vorgehen gegen beide angekündigt.

Daraus resultiert die Wut von Viviane Reding – und anderen EU-Politikern. Die Tatsache, dass sie in ihrer Erklärung auch auf den Zweiten Weltkrieg anspielte, ging jedoch in den Augen vieler ihrer Kollegen zu weit; während die französische Politik die Gelegenheit nutzte, sich als Opfer ei-

ner Verteufelung durch einen ungerechtfertigten Nazi-Vergleich aufzuspielen und sich bitter zu beklagen. Viviane Reding selbst nahm diesen Teil ihrer Äußerung am Mittwoch Abend zurück, sofern er als Gleichsetzung der französischen Abschiebepraxis mit NS-Verbrechen verstanden werde, was sie nicht beabsichtige. Kommissionspräsident José Manuel Barroso seinerseits präzisierte, einen Nazi-Vergleich finde er falsch und ein solcher sei abzulehnen, ansonsten aber spreche Viviane Reding „für die gesamte Kommission".

Auch die deutsche Bundesregierung – für welche, aus historischen Gründen, die europäische Integration in besonderem Ausmaß zum Teil der Staatsraison wurde – unterstützte am Mittwoch ausdrücklich die EU-Kommission. Historische NS-Vergleiche seien nicht gerechtfertigt, aber in der Sache sei „keinerlei Diskriminierung gegenüber ethnischen Minderheiten" rechtens, erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert auf einer Pressekonferenz in Berlin. Selbst der französische EU-Kommissar Michel Banier – früher einmal Minister unter Jacques Chirac – schwenkte ungefähr auf diese Linie ein.

Der französische Minister für EU-Angelegenheiten, Pierre Lellouche, der Sarkozys UMP angehört, erklärte sich beleidigt. Er habe keine Lust, „sich wie ein kleiner Junge behandeln" und durch die EU an den Ohren ziehen zu lassen. Die Europäische Kommission habe nicht die Aufgabe – noch das Recht –, sich zum „Wächter der Einhaltung der EU-Verträge" aufzuspielen. Allerdings ist genau diese Rolle der Kommission in den europäischen Vertragen schwarz auf weiß festgeschrieben.

An diesem Punkt vollzog Präsident Sarkozy kurz darauf eine kleine Kehrtwende. Bei seinem Auftritt in Brüssel vermied er es, derart offen die Rolle der europäischen Institutionen zu attackieren oder in Frage zu stellen. Vielmehr erklärte er – wie am Gipfeltreffen teilnehmende Diplomaten hinterher der Presse erläuterten – sogar ausdrücklich, die Kommission sei im Recht, über die Einhaltung der Verträge zu wachen und diesbezüglich die Politik der Mitgliedsstaaten zu kontrollieren. Allerdings gebe es seitens Frankreichs keinerlei Regelverstoß, behauptete Sarkozy: Seit Ende Juli seien 199 illegale Ansiedlungen mit 5.400 Insassen abgeräumt worden, davon beträfen jedoch vier Fünftel „französische Landfahrer". Deswegen, weil Letztere also die Staatsbürgerschaft des Landes besitzen, gebe es auch „keinerlei Diskriminierung". Daraufhin ging Sarkozy zum Gegenangriff über, den er auf die Justizkommissarin Viviane Reding konzentrierte. Das Gipfeltreffen fand hinter verschlossenen Türen statt, doch Teilnehmer erzählten, Sarkozys Attacken und der darauf folgende Schlagabtausch mit Barroso seien draußen sehr deutlich zu hören gewesen. Der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker bezeichnete ihr Aufeinandertreffen als ‚mâle' und ‚viril', zwei Adjektive, die beide (in unterschiedlicher Abstufung) „männlich" bdeuten. Auf der anschließenden Pressekonferenz erklärte Nicolas Sarkozy dann, Frankreich sei „beleidigt, verletzt, erniedrigt" worden. Seine Pflicht als Staatschef sei es, „Frankreich zu verteidigen". In seinem eigenen Land hatten allerdings unter anderem die Grünen und Teile der Sozialdemokratie offen die Kritik der EU-Kommission gegen Sarkozys Politik unterstützt.

#### Nützlich oder schädlich für Sarkozys Popularitätskurve ?

Ob dieser „Zusammenstoß" zwischen dem Präsidenten und führenden EU-Politikern Nicolas Sarkozy unter Popularitätsgesichtspunkten nutzt, ist noch nicht wirklich ausgemacht. Am 17. September veröffentlichte zunächst die konservative Tageszeitung ‚Le Figaro' eine Umfrage des Instituts OpinionWay, die ergeben haben will, dass 56 % der Befragten „die Entscheidung der EU-Kommission, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich einzuleiten", ablehnten. Dies wurde als Unterstützung der französischen Regierung und ihrer Haltung interpretiert. (Allerdings waren laut derselben Quelle 61 % der sozialdemokratischen und 69 % der grünen Wähler gegenteiliger Auffassung.) OpinionWay ist jedoch umstritten. Das Meinungsforschungsinstitut gehört Patrick Buisson, der in den 80er Jahren Chefredakteur der rechtsextremen Wochenzeitung ‚Minute' war und Jahre lang zwischen Jean-Marie Le Pen und den Konservativen zu vermitteln versuchte. Seit 2007 zählt er zu den Beratern von Nicolas Sarkozy. Die Umfragen des Instituts sind methodisch umstritten, und andere Studien zum Meinungsklima kommen oft zu gegenläufigen Ergebnissen – es kommt eben darauf an, wie man eine Frage stellt und in welchen Kontext man sie jeweils einbettet.

Am Samstag, den 18.9.10 dann veröffentlichte die liberale Boulevardzeitung ‚Le Parisien' eine weitere Umfrage. Ihr zufolge finden 56 %, dass es zu den Aufgaben der EU gehöre, sich zur französischen Abschiebepolitik zu äußern und dass 54 % „ihrer Kritik eine hohe Bedeutung beimessen". Dies wurde wiederum als Unterstützung für die Europäische Kommission gewertet.

Wie das Meinungsklima auf Dauer ausfällt, ist derzeit noch offen. Sicherlich kann Nicolas Sarkozy versuchen, darauf zu bauen, dass es genügend begründete wie unbegründete Kritik und auch Ressentiments in der französischen Bevölkerung gegen die EU gibt, um zu versuchen, sich vor diesem Hintergrund erfolgreich zu profilieren. Ein Hauptgrund dafür, warum die EU beileibe nicht nur positiv betrachtet wird – und dass laut Zahlen von vergangener Woche inzwischen zwei Drittel der Franzosen den Euro negativ bewerten –, liegt in ihrer Wirtschaftspolitik: Bei der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistung und sozialer Vorsorge koordinieren die nationalen Eliten ihre Vorgehensweise bevorzugt in Brüssel. Auch, weil die Politiker der Einzelstaaten dort gerne ihre daraus erwachsenden Legitimationsprobleme abladen – „Wir können nichts dagegen machen, die EU will es so." Die Kritik an den Inhalten dieser Klassenpolitik verschwimmt jedoch oft, obwohl nicht immer, mit Ressentiments gegen das supranationale „Gebilde" und die grenzübergreifende Integration an und für sich.

Die rechtsextreme Opposition, die daran systematisch anknüpft, nutzte die Attacken aus Brüssel gegen Sarkozys Romapolitik für Angriffe auf die supranationale Integration. Die Europäische Union sei „totalitär", reagierte die FN-Politikerin Marine Le Pen bereits am vorigen Dienstag auf die Ankündigung aus Brüssel, eine Vertragsverletzung durch Frankreich zu untersuchen. Und am Freitag warf die voraussichtliche künftige Parteichefin dann Präsident Sarkozy vor, auf die Anmaßungen der „europäistischen Ayatollahs" – „Europäismus" ist eine sprachliche Neuschöpfung der extremen Rechten und ein negativer Begriff – reagiere er nur mit folgenlosen Verbalprotesten.

*Bernhard Schmid, Paris* ■

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

## Rechte Sammlung kommt nicht voran

„Zuerst!“ bezeichnet sich im Untertitel als „Deutsches Nachrichtenmagazin“ und ist, zumindest im redaktionellen Teil, darauf bedacht, nicht allzu offen faschistische Positionen zu vertreten. Die Zeitschrift soll nicht nur (Rechts-)Konservative wie Neofaschisten ansprechen sondern vor allem dazu dienen, Menschen an rechte Positionen heranzuführen. Um welche Inhalte es geht, macht Chefredakteur Dr. GÜNTHER DESCHNER im Editorial des Septemberheftes deutlich, in dem er die politischen Eckpunkte einer Partei rechts von der CDU definiert:

„Schluß mit der steigenden Staatsverschuldung, der drückenden Belastung der Mittelschicht, mit der schon jetzt gescheiterten Multi-Kulti-Politik, der linken und permissiven Gesellschafts- und Schulpolitik, dem einseitigen Gedenken, der massenhaften Abtreibung und der schleichenden Islamisierung unseres Landes.“

Die Möglichkeit, von rechtsaußen an diese Forderungen anzuknüpfen, ist beabsichtigt. Dennoch scheint die Strategie der Formierung einer breiten Rechtspartei, bestehend vor allem aus unzufriedenen CDU-Mitgliedern und rechten Gruppen und Kleinparteien, noch nicht aufzugehen. Unzufrieden äußert sich Deschner über die CDU-Dissidenten um die unionsinterne Initiative „Den Linkstrend stoppen!“:

„Nach ZUERST!-Informationen haben auch verschiedene konservative, patriotische oder islamkritische Persönlichkeiten und Kleinparteien den Schulterschluß mit der Aktion der rechten Unionisten gesucht, doch außer einem Gedankenaustausch ist daraus noch nichts Konkretes entstanden. Wiewohl beide Seiten ähnlich und punktuell sogar identisch denken, zeigt sich, daß Zielsetzung und der Stil der politischen Kultur nicht ohne weiteres kompatibel – und daß Illusionen langlebig sind: Viele Aufruf-Unterzeichner können sich nur schwer von der Schimäre einer ‚besseren Union‘, die das konservative Element vielleicht doch nicht aufgibt, lösen. Andere, die schon länger ‚draußen‘ sind und deren Hoffnung auf die CDU unrettbar für immer in einem Betonblock enttäuschter Liebe bestattet worden ist, hoffen weiter darauf, daß sich das Potential der Aktion ‚Linkstrend stoppen!‘ endgültig von der Union lösen und Teil einer neuen Partei ‚rechts von der CDU‘ werden wird, für die wieder einmal eine ‚historische Gelegenheit‘ gekommen ist. Vielleicht.“

Kritische Leser(innen) könnten den Eindruck gewinnen, dass der leicht resignative Unterton der Deschnerschen Zeilen auch dem Umstand geschuldet ist, dass sich zumindest auf dem Anzeigenmarkt, der für ein Magazin der vorliegenden Art einen Großteil der Einnahmen erbringen muss, wenig tut: Waren in den ersten acht Heften zumindest noch einige wenige Anzeigen von Buch- und Zeitschriftenverlagen, die nicht direkt der äußersten Rechten verbunden sind, vorhanden, bietet die Septemberausgabe in dieser Hinsicht nichts. Ein langer Ruhmesartikel über den Verleger Dr. Herbert Fleissner, aus der Feder von MANUEL OCHSENREITER könnte eine Reaktion auf die Anzeigenebbe sein, ob sie eine für das Magazin positive Wirkung haben wird, bleibt abzuwarten.

Statt großer Anzeigen veröffentlicht „ZUERST!“ jetzt Kleinanzeigen auf der Leserbriefseite: Angeboten wird eine CD „Wer ist Bonhoeffer?“, die bereits in „Nation & Europa“ immer wieder angepriesen wurde. Außerdem gibt es „Unterwegs auf heidnischer Spurensuche in Paraguay. Tips, Exkursionen, Runensuche, Beratung für Auswanderer“ sowie die Frage „Wer kennt den Wunderheiler Bruno Gröning aus seiner Zeit während des Dritten Reiches?“. Die genannte Mobilfunknummer unter den beiden Kleinanzeigen ist übrigens identisch. Insgesamt scheint es aber selbst für „Zuerst!“ um ein Minderheitenprogramm zu gehen.

Am 25.9. soll in Berlin eine Euro-feindliche Konferenz stattfinden, für die illustre Referenten angekündigt sind. Über das Projekt berichtet KATERINA STAVRAPOULOS: „Die Experten, die sich von den offiziellen Gesundbetereien des Euro eher in ihrer Ablehnung bestärkt fühlen, werden am 25. September zu einer großen Konferenz in Berlin zusammenkommen. Unter den Rednern sind mit den emeritierten Professoren Wilhelm Hankel und Karl Albrecht Schachtschneider zwei alte Haudegen, die schon 1998 vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Euro-Einführung geklagt haben und heuer gegen die sogenannte Griechenland-Hilfe wieder nach Karlsruhe gezogen sind. Im Unterschied zu jenen beiden hat Professor Max Otte seine Reputation im etablierten Mainstream niemals verloren – sein Buch *Der Crash kommt* ist mit einer verkauften Auflage von über 500 000 wahrscheinlich einer der erfolgreichsten Wirtschaftstitel aller Zeiten. Man wird sehen, ob Otte den Untergangsszenarien zustimmt, die Hartgeld- und Goldpapst Walter K. Eichelberg auf der Konferenz ausmalen wird. Aus einer ganz anderen Richtung dürfte Eberhard Most das Geldsystem kritisieren: Der stellvertretende Zentralbankchef der DDR war in den neunziger Jahren im Vorstand der Deutschen Bank und kritisiert heute Kapitalismus und Sozialismus gleichermaßen. Seine Skizze eines ‚Dritten Weges‘ dürfte den Briten Nigel Farage herausfordern: Das rhetorische Sturmgeschütz holte bei der letzten EU-Wahl auf der Insel über 16 Prozent für seine ‚United Kingdom Independent Party‘, er ist ein leidenschaftlicher Euro- und EU-Gegner – und allen linken Spielereien abhold. Eine lebhafte Debatte auf hohem wissenschaftlichen Niveau ist am 25. September also programmiert.“

Soweit der Werbetext, doch der direkt folgende Absatz scheint eher neidgeprägt zu sein: „Veranstalter der Konferenz ist übrigens die ‚Volksinitiative gegen Finanzkapital‘, die der linke Publizist Jürgen Elsässer zu Anfang vergangenen Jahres gegründet hat. Elsässer ist ein schillernder Vogel aus den linken Sümpfen dieses Landes. Vor einigen Jahren hat er, der früher als ‚antideutsch‘ galt, allerdings den Nationalstaat als ‚Bollwerk gegen die Globalisierung‘ entdeckt. Seither bringt er seine Genossen zur Weißglut, indem er dessen Verteidigung in einem Bündnis ‚von Lafontaine bis Gauweiler‘ propagiert. Obwohl diese beiden am 25. September nicht sprechen werden, spiegelt die Konferenz die angestrebte politische Breite wider.“ Auch wenn die Erbitterung, auf die Durchführung einer solchen Querfront-Veranstaltung nicht selbst gekommen zu sein, aus der Charakterisierung Elsässers als „schillernder Vogel aus den linken Sümpfen“ deutlich herauszulesen ist, können ihr Antifaschist(inn)en kaum widersprechen. *tri* ■